



Mario Hesselbarth

»GEEIGNET, EINE ÖFFENTLICHE BEUNRUHIGUNG HERVORZURUFEN«

DER STRAFPROZESS GEGEN
ROSA LUXEMBURG AM 12. DEZEMBER 1906
IN WEIMAR UND SEINE LOKALEN
WIE POLITISCHEN HINTERGRÜNDE

Mario Hesselbarth
**»GEEIGNET, EINE
ÖFFENTLICHE
BEUNRUHIGUNG
HERVORZURUFEN«**

Der Strafprozess gegen
Rosa Luxemburg am
12. Dezember 1906
in Weimar und seine
lokalen wie politischen
Hintergründe



INHALT

<i>Einleitung</i>	7
Der Prozess	14
Die Vorgeschichte des Prozesses: Das Umfeld des Jenaer Parteitag 1905	28
Die Massenstreikdebatte und Rosa Luxemburgs theoretischer Neuansatz	33

Mit Rosa Luxemburg feiert 2021 eine der herausragenden Figuren der Arbeiter*innenbewegung ihren 150. Geburtstag.

Ihr Wirken war vor allem durch die engagierte politische Tätigkeit in der deutschen Sozialdemokratie und schließlich den Bruch mit dieser gekennzeichnet. Luxemburg steht bis heute nicht nur für eine unverbrüchliche revolutionäre Haltung, sondern auch für eine theoretische Weiterentwicklung des Marxismus. Als politische Aktivistin nahm sie an allen entscheidenden Debatten der SPD teil. Sie prägte den linken Rand dieser Partei nachhaltig. Dabei unterschied sie sich in entscheidenden Fragen wie der Haltung zu Freiheit und Demokratie von der bolschewistischen und später marxistisch-leninistischen Kritik an der Sozialdemokratie.

Mario Hesselbarth greift eine Phase ihres Aktivismus auf, in der neben ihren vielzitierten Ausführungen zur Freiheit der Andersdenken ein entscheidender Unterschied etwa zum Bolschewismus sichtbar wird: ihre Haltung zum Verhältnis von Bewegungen und Organisation.

Im Kontext des Prozesses vor dem großherzoglichen Weimarer Landgericht im Dezember 1906, vor welches Luxemburg nach dem Jenaer Parteitag 1905 vorgeführt wurde, stellt Mario Hesselbarth ihre Überlegungen zur Massenstreikfrage dar und schildert, wie sie mit dem Prozess verbunden waren. Die damalige Thüringer Justiz griff, wie er zeigt, die bürgerliche und in Bezug auf die Person Luxemburg teils antisemitische Hetze gegen die deutsche Sozialdemokratie rund um den Parteitag auf. Eingeschüchtert angesichts der Ereignisse in Russland sollte mit dem Strafrecht die linke Opposition im Deutschen Reich verfolgt werden. Dem hielt Luxemburg eine inhaltliche Verteidigung ihrer Positionen entgegen.



EINLEITUNG

Am 5. März 2021 jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag Rosa Luxemburgs. Nach wie vor rufen ihr politisches Leben und wissenschaftliches Wirken großes Interesse hervor. Seit der Wende zum 20. Jahrhundert war sie sowohl innerhalb der sozialistischen Bewegung Europas, als auch im Deutschen Kaiserreich »eine politische Figur ersten Ranges« (Sebastian Haffner). Der Sozialismus, den sie anstrebte, sollte von den Menschen – vorrangig den Arbeiterinnen und Arbeitern bzw. den Massen, wie sie sie nannte – selbst gestaltet werden. Zugleich schrieb sie den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle in diesem Prozess zu. Der Sozialismus im Sinne Rosa Luxemburgs basierte auf unbeschränkter Freiheit und Demokratie und sollte einen dauerhaften Frieden garantieren. Beständig kritisierte sie den Kapitalismus als Quelle sozialer Ungerechtigkeit und politischer Reaktion, nationaler Zwietracht und des Krieges. Ihr außergewöhnlicher Realitätssinn und ihre Fähigkeit zu kreativer Kritik ließen sie zu Einsichten kommen, die noch heute Bestand haben, und bewahrten sie dennoch nicht vor Irrtümern und »manche von ihr vehement verteidigte Illusionen«¹.

Obwohl sie als Mitglied des sozialistischen Büros der II. Internationale und in ihrer Rolle innerhalb der Führung der polnisch-litauischen Sozialdemokratie durchaus hochrangige politische Funktionen bekleidete und als Lehrerin an der Parteischule der deutschen Sozialdemokratie wirkte, lag ihr Hauptbetätigungsfeld vor allem im journalistischen Bereich. Sehr oft betätigte sie sich als Rednerin in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versammlungen. Ihre scharfe Polemik rief Widerspruch und auch Hass hervor, wenngleich sie von vielen aufrichtig oder auch nur widerwillig bewundert wurde. Nachdem im Januar 1905 im russischen Zarenreich die Revolution ausgebrochen war, hatte sie die Ereignisse nicht nur aufmerksam verfolgt. Am 28. Dezember 1905 reiste Rosa Luxemburg illegal nach Warschau, um im damaligen Russisch-Polen unmittelbar am revolutionären Geschehen teilzunehmen. Hier wurde sie am 4. März 1906 von der Polizei verhaftet. Ihren Genossen gelang es erst nach großen Anstrengungen, am 28. Juni 1906 ihre Freilassung gegen eine Kaution zu erreichen.²

¹ Laschitzka, Annelies: *Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg*. Berlin 19996. 2. Auflage. S. 9.

² Ebenda, S. 237–247.

Infolge der Radikalität ihrer Ansichten musste sich Rosa Luxemburg auch mehrfach den politisch motivierten Anklagen der Staatsanwälte im Deutschen Kaiserreich stellen. Hatte sie anfänglich nur kurze Haftstrafen anzutreten, verschwand sie während des Ersten Weltkrieges faktisch für vier Jahre im Gefängnis und der Festung Wronke. Reichsweite Aufmerksamkeit riefen kurz vor Beginn dieses verheerenden Krieges jene Strafverfahren hervor, die das preußische Kriegsministerium gegen sie 1913/14 wegen ihrer Kritik an den Soldatenmisshandlungen in der kaiserlichen Armee angestrengt hatte.³

Im Vergleich dazu fand der Prozess, der am 12. Dezember 1906 vor der Strafkammer des großherzoglichen Weimarer Landgerichts wegen Verstoß gegen Paragraph 130 des Strafgesetzbuches gegen sie stattfand, sowohl bei ihren späteren Biographinnen und Biographen als auch zeitgenössisch weit weniger Beachtung. Die scharfe Kritik der von Clara Zetkin⁴ herausgegebenen Zeitschrift *Die Gleichheit* bildete eine der wenigen Ausnahmen. Kaum sei Rosa Luxemburg den russischen Kerkern entronnen, habe sie nun die deutsche Klassenjustiz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. »Das Verbrechen, welches die tapfere Vorkämpferin des revolutionären Proletariats auf die Anklagebank der Strafkammer zu Weimar führte, wurde von den Richtern des Klassenstaates in ihren Ausführungen über den Massenstreik auf dem Jenaer Parteitag erblickt.«⁵

Eine Ursache für die geringe Beachtung der Verurteilung Rosa Luxemburg lag zunächst darin, dass einen Tag nach ihrem Prozess der Deutsche Reichstag vorzeitig aufgelöst worden war und sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf den sofort einsetzenden Wahlkampf richtete. In diesem Zusammenhang listete die Sozialdemokratie für die eigene Wahlagitation die Verurteilung Rosa Luxemburg in einer Zusammenstellung politisch motivierter Strafverfahren gegen die Arbeiterbewegung auf. Vor allem aber rückte der eigentliche Gegenstand des Prozesses, die Massenstreikdebatte, kurzzeitig in den Hintergrund. Mit dem »Roten Sonntag« am 21. Januar 1906 hatten die außerparlamentarischen Aktionen der deutschen Sozialdemokratie im Winter 1905/06 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. An diesem ersten Jahrestag der Russischen Revolution hatte die SPD massenhaft besuchte Protestversammlungen gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht durchgeführt, aber zugleich angesichts der staatlichen Drohun-

³ Ebenda, S. 439–455.

⁴ Clara Zetkin, geborene Eißner (1857–1933) gehörte zu den Vorkämpferinnen der proletarischen Frauenbewegung. Sie war eine enge Freundin Rosa Luxemburgs. Badia, Gilbert: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin 1994.

⁵ *Die Gleichheit*, 26.12.1906.

gen auf darüberhinausgehende öffentliche Demonstrationen und auf eine Ausweitung der Aktionen verzichtet.

Rückblickend lässt sich der Weimarer Prozess gegen Rosa Luxemburg als Teil der juristischen Abrechnung des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates mit den ersten Versuchen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Winter 1905/06 einordnen, sich gegen bestehende und von den herrschenden Klassen neu durchgesetzte Benachteiligungen der lohnarbeitenden Bevölkerung im Wahlrecht zu wehren. Er wirft ein Schlaglicht auf die damaligen patriarchalen Verhältnisse und die kaiserliche Klassenjustiz. Sein Zustandekommen erklärt sich aus den gesellschaftlichen und sozialen Spannungen jener Zeit, in der großen Teilen der Bevölkerung das demokratische Wahlrecht auf Landes- und kommunaler und den Frauen auf allen politischen Ebenen versagt wurde.

Der Prozess richtete sich zudem nicht nur gegen Rosa Luxemburg als Person, sondern gegen eine der führenden Persönlichkeiten der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. In den großen kontroversen Auseinandersetzungen war Rosa Luxemburg gleichermaßen Verbündete oder Gegnerin von August Bebel⁶, Karl Kautsky⁷, Wladimir I. Lenin⁸, Jean Jaures⁹ und vielen anderen. Im Rahmen der Massenstreikdebatte 1905/06 entwickelte sie in ihrer Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft«¹⁰ als »dem einzigen wichtigen theoretischen Werk der Jahre 1905–1906«¹¹ einen theoretischen Neuansatz zum marxistischen Verständnis der politischen Massenstreiks, den sie als Synonym für die Epoche der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft begriff.

⁶ August Bebel (1840–1913) war gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht (1826–1900) Begründer der deutschen Sozialdemokratie und deren langjähriger Vorsitzender bis zu seinem Tod. Seit seiner Wahl in den norddeutschen Reichstag 1867 gehörte er dem Parlament mit Ausnahme jener Zeiten an, in denen er aus politischen Gründen zu Haftstrafen verurteilt worden war.

⁷ Karl Kautsky (1854–1938) galt nach dem Tod Friederich Engels 1895 als der führende marxistische Theoretiker der II. Internationale. Gemeinsam mit Eduard Bernstein hatte er 1891 maßgebend das Erfurt Programm der SPD verfasst. Im Zuge der innerparteilichen Richtungsauseinandersetzungen verkörperte er gemeinsam mit August Bebel das marxistische Zentrum der Partei.

⁸ Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) führender Kopf der Mehrheitsrichtung der russischen Sozialdemokratie (Bolschewiki), die im November 1917 erfolgreich den Oktoberaufstand durchführte und in Russland die politische Macht ergriff. Nach ihrer Behauptung im anschließenden Bürgerkrieg begründete Lenin 1922 die Sowjetunion.

⁹ Jean Jaurès (1859–1914) führender Kopf der sozialistischen Bewegung in Frankreich. Unmittelbar vor Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er am 31. Juli 1914 von einem französischen Nationalisten ermordet.

¹⁰ Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft; in: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke Band 2 (1906–Juni 1911). Berlin 1974. S. 93–170.

¹¹ Schorske, Carl: Die Große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie 1905–1917. Berlin 1981. S. 82.

Diese Schrift bildet ein wichtiges Bindeglied zwischen ihrer Auseinandersetzung mit dem Revisionismus Eduard Bernsteins¹² im Jahr 1899 und ihrer solidarischen und zugleich prinzipiellen Kritik an den Bolschewiki nach ihrem erfolgreichen Aufstand im November 1917. »Exemplifiziert an Erfahrungen von Partei und Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterbewegung, aber keineswegs auf sie beschränkt, werden Aufgaben, Chancen und Grenzen erörtert, vor denen Massenbewegungen in parlamentarischen und außerparlamentarischen Auseinandersetzungen, Kämpfen um Reformen und in Revolutionen immer wieder stehen werden. [...] Für eine Analyse des Verhältnisses von Massen zu gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen stellt diese ›Streitschrift‹ auch heute noch eine anregende Lektüre und eine ideenreiche Fundgrube dar, ganz gleich, ob es gilt, demokratische Rechte und soziale Verbesserungen zu erringen und zu schützen, neue gesellschaftliche Verhältnisse hervorzubringen oder die Zerstörung der Umwelt zu verhindern. Denn Rosa Luxemburg entwickelte konstruktive Ansichten über die wirkungsvolle Einflussnahme der Menschen auf die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen, warnte vor Desinteresse sowie vor Organisationsfetischismus und Missbrauch von Funktionen und Ämtern. Und sie begründete nachdrücklich: Ohne und gegen den Willen der Masse des Volkes kann und darf keine gesellschaftliche Veränderung vorgenommen werden.«¹³ Dementsprechend wurden und werden ihre Überlegungen aus »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft« immer wieder publiziert und kritisch reflektiert.¹⁴

Der politische Massenstreik als Ausdruck der proletarischen Revolution, so wie ihn Rosa Luxemburg verstand, sollte zehn Jahre nach ihrem Prozess im Zuge der revolutionären Massenaktionen der deutschen Arbeiterschaft zwischen 1917 bis 1920 – und der Novemberrevolution 1918 als deren Höhepunkt – Wirklichkeit werden. Demgegenüber war der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch im März 1920, der mit zwölf Millionen streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern größten Streikaktion in der deutschen Geschichte, ein defensiver Abwehrstreik, in dessen Anschluss es jedoch insbesondere im Ruhrgebiet zu einem nochmaligen revolutionären Aufstandsversuch kam.

¹² Eduard Bernstein (1850-1932) gilt als Begründer des theoretischen Revisionismus in der SPD. Auf Grundlage seiner Kritik an der marxistischen Theorie wollte er die sich revolutionär verstehende deutsche Sozialdemokratie zu einer demokratisch-sozialistischen Reformpartei entwickeln und löste damit den Revisionismusstreit in der SPD aus. Strohschneider, Tom (Hrsg.): Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden. Berlin 2019.

¹³ Laschitzka: Im Lebensrausch. S. 258/259.

¹⁴ So jüngst in: Candeias, Mario (Hrsg.): KlassenTheorie. Vom Making und Remaking. Hamburg 2021. S. 140–149.

Als Mittel zur Abwehr von Sozial- und Demokratieabbau hatte und hat der Generalstreik bis in die jüngste Vergangenheit weiterhin Bedeutung. Insbesondere infolge der Finanzkrise 2008 kam es in mehreren europäischen Ländern zu Generalstreiks. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen werden oft auch Rosa Luxemburgs Sichten auf das Problem Massenstreik erörtert.¹⁵ Mit dem nachfolgenden Text soll jedoch vorrangig an das historische Ereignis, den Prozess gegen Rosa Luxemburg am 12. Dezember 1906 in Weimar, sein historisches Umfeld und die Massenstreikdebatte Anfang des 20. Jahrhunderts erinnert werden.

¹⁵ Gallas, Alexander; Nowak, Jörg: Agieren aus der Defensive. Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien; in: Gallas, Alexander; Nowak, Jörg; Wilde, Florian (Hrsg.): Politische Streiks im Europa der Krise. Hamburg 2012. S. 24–106.

DER PROZESS¹⁶

Am Morgen des 12. Dezember 1906 eröffnete kurz nach acht Uhr der Landgerichtsdirektor Obarius vor der Strafkammer Weimar die Verhandlung gegen Rosa Luxemburg. Die Angeklagte hatte sich »wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu verantworten«. ¹⁷ Der Gerichtssaal sei dicht gefüllt gewesen, beschrieb das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie die Atmosphäre zu Prozessbeginn. Teils »waren die Parteigenossen erschienen, teils die Damen der höchsten Bourgeoisie, die gekommen waren, um dem Schauspiel der Verhandlung gegen unsere Genossin beizuwohnen. Auch der Landgerichtspräsident war zur Stelle und selbst ein Vertreter des Ministeriums [des Großherzogtum Sachsen-Weimar – m. H.] fehlte nicht«. ¹⁸

Zur Person der Angeklagten Rosa Luxemburg stellte das Gericht zunächst fest, dass sie geschieden, am 25. Dezember 1870 ¹⁹ in Polen geboren und vorbestraft war. 1901 hatte sie das Landgericht Posen wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe und drei Jahre später wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. ²⁰

Die Staatsanwaltschaft beschuldigte Rosa Luxemburg, auf dem im September 1905 in Jena abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitag »bei Gelegenheit der Erörterung über den Massenstreik in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich aufgereizt zu haben«. ²¹ Damit hätte sie sich gemäß Paragraph 130 des Strafgesetzbuches des Deutschen Kaiserreiches schuldig gemacht. Danach konnte, wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die verschiedenen Bevölkerungs-

¹⁶ Die nachfolgende Darstellung des Prozesses gegen Rosa Luxemburg basiert auf der zeitgenössischen Berichterstattung des Berliner *Vorwärts*, der *Leipziger Volkszeitung*, des *Jenaer Volksblattes* und der *Jenaischen Zeitung*. Es handelt sich hierbei um eine Rekonstruktion auf Grundlage der verwendeten Quellen, die den tatsächlichen Prozessverlauf jedoch nur annähernd wiedergeben kann.

¹⁷ *Jenaische Zeitung*, 14.12.1906.

¹⁸ *Vorwärts*, 13.12.1906.

¹⁹ Rosa Luxemburg war ihr Geburtstag offenkundig nicht allzu wichtig. Sie erhob keinen Widerspruch, wenn in offiziellen Dokumenten wie ihrer Heiratsurkunde oder eben auch vor Gericht als Geburtsdatum der 25. Dezember 1870 angegeben wurde. Sie selbst feierte stets am 5. März ihren Geburtstag. Laschitza: *Im Lebensrausch*. S. 13.

²⁰ *Jenaer Volksblatt*, 14.12.1906. *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906. »Rosa Luxemburg war der Beleidigung des preußischen Kultusministers angeklagt. Sie hatte in ihrer im Jahre 1900 in Posen erschienenen Broschüre »Zur Verteidigung der Nationalität« die nationale Unterdrückung der polnischen Bevölkerung in Preußisch-Polen heftig angegriffen und zum Widerstand gegen die Germanisierungspolitik aufgerufen. Ihr wurde in der Gerichtsverhandlung eine Geldstrafe von 100 Mark zudiktirt.« Laschitza, Annelies; Radczun Günter: *Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung*. Berlin 1980. S. 119.

²¹ *Jenaische Zeitung*, 14.12.1906.

klassen gegen einander zu Gewalttätigkeiten aufforderte, zu einer Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren verurteilt werden. Der Paragraph 130 war als Gegengewicht zur Pressefreiheit gedacht. Er wurde einerseits von jüdischen Rechtshilfeorganisationen gegen den Antisemitismus genutzt, andererseits jedoch vorrangig vom Staat gegen die Sozialdemokratie angewendet.²²

Der Rosa Luxemburg zur Last gelegte Vorgang habe sich nach Ansicht des Staatsanwaltes in der Weise abgespielt, dass zunächst der Reichstagsabgeordnete August Bebel auf dem Jenaer Parteitag ein Referat über den politischen Massenstreik gehalten und hierzu eine Resolution vorgelegt hatte. Im Anschluss an seine lange Rede entwickelte sich eine lebhaftige Diskussion, in deren Verlauf die beiden Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine²³ und Robert Schmidt²⁴ ihre zu Bebel abweichende Haltung vertraten. »Da erbat sich Rosa Luxemburg das Wort, um in ihrer leidenschaftlichen Art u. a. folgendes zu erklären: ›Wir sehen doch an der Geschichte, das alle Revolutionen mit dem Blute des Volkes erkaufte sind; der ganze Unterschied ist, dass bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt worden ist, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für ihre eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen nein, das Blut ist uns zu teuer.« Am Schluss ihrer Rede habe Rosa Luxemburg das *Kommunistische Manifest* zitiert, wonach die Arbeiter nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten, wohl aber eine Welt zu gewinnen. »Hauptsächlich wegen dieser Sätze wurde die Anklage erhoben.«²⁵

Nachdem die Anklageschrift verlesen war, erklärte Rosa Luxemburg auf eine entsprechende Frage des Richters, »sie ziehe es vor, sich zur Sache zunächst nicht zu äußern, nur so viel wolle sie sagen, dass sie entschieden bestreitet, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben«.²⁶ Mit Blick auf den tatsächlichen Wortlaut ihrer Rede verwies sie auf das offizielle Parteitagprotokoll.²⁷ Darüber hinaus wollte sie zunächst ihrem Verteidiger Dr. Kurt

²² Hoffrogge, Ralf: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914. Stuttgart 2011. S. 114. FN 10.

²³ Anton, Bernward: Wolfgang Heine (1861–1944) und die »Erfindung« der Burgfriedenspolitik; in: Schöler, Uli; Scholle, Thilo: Weltkrieg Spaltung Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922. Bonn 2018. S. 73–85.

²⁴ Robert Schmidt (1864–1943), entschiedener Gegner des Massenstreiks, gehörte seit 1903 der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an. Während der Weimarer Republik war er in mehreren Regierungen Minister.

²⁵ Jenaer Volksblatt, 14.12.1906.

²⁶ Vorwärts, 13.12.1906.

²⁷ Ihre Parteitagsrede ist ebenfalls abgedruckt in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 1: 1893 bis 1905. Zweiter Halbband. Berlin 1970. S. 601–603.

Rosenfeld²⁸ »das Wort lassen«. ²⁹ Er beantragte daraufhin, die Parteitage-
rede Rosa Luxemburg zu verlesen. Der Staatsanwalt forderte darüber hin-
aus, erst die von August Bebel auf dem Jenaer Parteitag eingebrachte Reso-
lution zum Thema Massenstreik, dann sein Parteitage-Referat und anschlie-
ßend die Rede der Angeklagten verlesen zu lassen. Das Gericht gab diesem
Antrag statt. Während der Verlesung der Rede August Bebels veranlasste
die nachfolgend zitierte Passage so »große Heiterkeit«³⁰, dass der Richter
unterbrach und sie offenkundig auslassen wollte. Kurt Rosenfeld bestand
jedoch darauf, dass gerade diese Textstelle zur Verlesung kam.³¹

Gegen Wolfgang Heine gerichtet, der sich in einem Artikel für die Zeit-
schrift *Sozialistische Monatshefte* gegen den Massenstreik mit vorrangig
juristischen Argumenten ausgesprochen hatte,³² bemerkte Bebel in seiner
Rede: Er habe mit einem Genossen über diesen Artikel diskutiert, der
dabei die Ansicht vertrat, Heine hätte ungewollt den Staatsanwälten aus-
gezeichnetes Material geliefert. Bebel sei hingegen der Ansicht, »so dumm
ist kein Staatsanwalt, es sind ja nicht gerade die Dümmden, die Staats-
anwälte werden. (Zwischenruf) Heine: Wenigstens so dumm sind sie nicht!
(Zuruf Arthur) Stadthagen³³: Doch, die dümmden sind es. (Heiterkeit)
(Bebel fortfahrend:) Ich bin ja überzeugt, Genosse Stadthagen, dass sie viel
klüger sind als alle Staatsanwälte zusammen. (Große Heiterkeit) Nein, so
dumm ist selbst der dümmste Staatsanwalt nicht, mit derartigen Anklagen,
wie sie uns Heine ausmalt, würde er selbst vor einem Klassengericht ab-
blitzen.«³⁴

Nachdem die Auszüge aus dem Protokoll des Jenaer Parteitages verlesen
waren, beantragte der Staatsanwalt, auch noch jene Rede Rosa Luxemburgs
zu Gehör zu bringen, die sie auf dem Mannheimer Parteitag 1906 gehalten
hatte. Ihr Verteidiger verstand zwar nicht, weshalb dies geschehen solle,
da die Angeklagte jedoch nichts zu verheimlichen hätte, habe er gegen den
Antrag des Staatsanwalts nichts einzuwenden.

Im Anschluss hieran erfolgte die Vernehmung des einzigen Zeugen,
des Jenaer Polizeikommissar Vogler, der den Parteitag überwacht hatte.³⁵

²⁸ Kurt Rosenfeld (1877–1943), Kurzbiographie in: Krause Harfried: *Die USPD 1917–1931. Spaltungen und Einheit*. Münster 2021. S. 565.

²⁹ *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906.

³⁰ *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906.

³¹ *Vorwärts*, 13.12.1906.

³² Heine, Wolfgang: Politischer Massenstreik im gegenwärtigen Deutschland? *Sozialistische Monatshefte* 1905. Heft 09 September 1905. S. 754–762.

³³ Arthur Stadthagen (1857–1917), sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Er gehörte zum marxistischen Zentrum der SPD.

³⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905. Berlin 1905. S. 304.

³⁵ *Vorwärts*, 13.12.1906.

Zunächst schilderte der Polizist, was die Angeklagte auf dem Parteitag gesagt hatte. Das interessierte den Richter jedoch nicht, er wollte wissen, »wie die Angeklagte geredet und welchen Eindruck die Rede gemacht habe«. Daraufhin erklärte der Zeuge: »Die Angeklagte hat sehr erregt und in großer Aufregung gesprochen. Ich hörte sie zum ersten Male, aber ich hatte den Eindruck, dass das ihre Art sei und sie immer so spräche. Der Eindruck auf die Anwesenden ist schwer zu schildern. Ich hatte den Eindruck, dass man die Angeklagte nicht ernst nimmt. Ein Student hat mir das bestätigt, denn er hat sich auch darüber lustig gemacht. Ich habe das auch bei den Reden der Frauen Zietz³⁶ und Zetkin bemerkt, dass man die Frauen nicht ernst nimmt, denn wir sind noch nicht so weit, dass sich die Männer von Frauen in der Politik beeinflussen lassen. (Die Richter lächeln.) Der Beifall des Parteitages ist nach meiner Empfindung nur ironisch und spöttisch gemeint gewesen. Trotzdem aber glaube ich, dass es der Angeklagten ernst war.«³⁷

»Vorsitzender: Hatten Sie den Eindruck, dass die Angeklagte zu Gewalttätigkeiten aufforderte? Zeuge: Sie forderte allerdings nicht zu sofortiger Anwendung von Gewalttätigkeiten, aber doch im Falle eines Massenstreiks, auf. Verteidiger: Wäre es nicht ihre Pflicht gewesen, die Angeklagte zu verhaften, sobald sie zu strafbaren Handlungen aufforderte? Zeuge: Zu einer Verhaftung lag keine Veranlassung vor. Verteidiger: Damit sind sie also nicht der Ansicht gewesen, dass die Angeklagte zu einer strafbaren Handlung aufgefordert hat? Zeuge: Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Angeklagte unmittelbar zur Revolution aufforderte.«³⁸ Damit gab sich Rosa Luxemburg nicht zufrieden und fragte den Kommissar: »Habe ich nach der Meinung des Zeugen zu einem eventuellen Massenstreik oder zu ›Gewalttätigkeiten‹ aufgefordert?« Er wisse auch, dass beides nicht das Gleiche sei, »aber der Massenstreik wird zu Gewalttätigkeiten führen.« Hierzu bemerkte der Richter, dass sei die persönliche Ansicht des Zeugen.³⁹

Mit dem Ende der Zeugenbefragung war die Beweisaufnahme bereits abgeschlossen. Nun erhielt der Staatsanwalt das Wort zu seinem Plädoyer, in dem er zunächst noch einmal den Verlauf der Massenstreikdebatte des

³⁶ Luise Zietz (1865–1922) gehörte neben Clara Zetkin zu den wichtigsten Vorkämpferinnen der proletarischen Frauenbewegung. Sie war Mitarbeiterin der *Gleichheit* und wurde auf dem Nürnberger SPD-Parteitag als erste Frau in Deutschland in einen Parteivorstand gewählt. 1917 gehörte sie aufgrund ihrer Kritik an der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik zu den Mitbegründerinnen und Mitbegründerinnen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschland. Notz, Gisela: Von der Heimweberin in die höchsten Ränge der SPD. Luise Zietz (1865–1922); in: Schöler, Scholle: Sozialdemokratie 1916–1922. S. 102–117.

³⁷ *Vorwärts*, 13.12.1906.

³⁸ *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906.

³⁹ *Vorwärts*, 13.12.1906.

Jenaer Parteitages rekapitulierte. Nachdem Bebel zugunsten des Massenstreiks gesprochen hatte, waren andere Redner mit Bedenken hervorgetreten, weil der Massenstreik zu einer gewaltsamen Revolution und einer Niederlage der Arbeiter führen würde. Diese Bedenken habe die Angeklagte mit Hohn und Spott zurückgewiesen und hervorgehoben, dass wir im Jahre der »glorreichen russische Revolution« lebten. »Wir wären ja Esel, wenn wir daraus nichts lernen wollten.« Sie habe dabei betont, »dass wir auch in Deutschland auf dem Punkte seien, wo die Evolution in die Revolution umschlage«. Dabei entgegnete sie Heine, er habe keine Verbindung zu den Massen, die – wie die Geschichte beweise – stets ihr Blut für andere verspritzt hätten. Jetzt aber solle das Blut einmal für die eigene Klasse verspritzt werden.⁴⁰ Einen letzten Trumpf habe die Angeklagte am Schluss ihrer Rede ausgespielt indem sie sagte: »Es muss den Massen klar gemacht werden, dass es uns mit der Revolution blutiger Ernst ist. Deshalb rufen wir den Arbeitern zu: Arbeiter, Ihr habt nicht zu verlieren als Eure Ketten, aber Ihr habt eine Welt zu gewinnen.«⁴¹

Das seien die Hauptpunkte ihrer Rede gewesen, fuhr der Staatsanwalt fort, »die sich weniger mit dem Massenstreik als mit der Revolution befasse. Ja, die Angeklagte erwähnte nur ab und zu den Massenstreik, um über die Hauptsache, die Revolution reden zu können. Dadurch wird aber die Anreizung zu Gewalttätigkeiten in die sowieso schon verwirrten Massen geschleudert und der Hinweis auf das *Kommunistische Manifest*, dass die Proletarier nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten, kröne den »blutigen Ernst« der Rede. Die Angeklagte will, dass die Ziele der Sozialdemokratie nicht auf parlamentarischem Wege oder auf dem Wege des Massenstreiks erreicht werden, sondern auf dem Wege des Umsturzes; und die Rede sollte die Massen aufreizen, ihre Ketten zu zersprengen. Wie in Russland, so solle es auch bei uns geschehen. Das alles stellt Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten dar. Aber die Worte sind auch schon geeignet, die Massen in innerste Erregung zu versetzen«.⁴² Es könne angesichts dieser Rede keinem Zweifel unterliegen, dass die Angeklagte in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufgereizt habe. »Sie hat sich also im Sinne des Paragraph 130 des Strafgesetzbuchs schuldig gemacht.« Bei der Strafzumessung müsse beachtet werden, dass die Angeklagte eine führende Rolle in der sozialdemokratischen Partei spiele und wegen Majestätsbeleidigung erheblich vorbestraft sei. Der

⁴⁰ Vorwärts, 13.12.1906.

⁴¹ Leipziger Volkszeitung, 13.12.1906.

⁴² Vorwärts, 13.12.1906.

Zeuge Vogler habe ihr mit seiner Erklärung, dass die Angeklagte auf dem Parteitag nicht ernst genommen wurde keinen Gefallen getan. »Ich bin der Überzeugung, die Angeklagte wird in der Partei sehr ernst genommen. In Berücksichtigung all dessen beantrage ich vier Monate Gefängnis.«⁴³

Daraufhin erhielt der Verteidiger Rosa Luxemburgs das Wort. Er bat das Gericht zunächst, außer Acht zu lassen, ob die Angeklagte während ihrer Jenaer Rede erregt gesprochen habe oder Führerin einer großen Partei sei. Es käme nur auf ihre Handlungen an und diesbezüglich würden alle Merkmale zur Erfüllung des Tatbestandes des Paragraphen 130 fehlen. »Man hätte ja die Anklage überhaupt nicht erhoben, wenn nicht anfänglich ein falscher Bericht in einer Zeitung erschienen wäre.«⁴⁴ Rosenberg meinte damit die Wiedergabe der Rede Rosa Luxemburgs auf dem Jenaer Parteitag durch die *Jenaische Zeitung*. Diesem Bericht zufolge hätte die Angeklagte gesagt: »Wir sind gewillt, die Gesellschaftsordnung gewaltsam zu ändern.«⁴⁵ Daraufhin sei das Verfahren gegen sie eingeleitet worden, obwohl sich zwischenzeitlich herausgestellt hatte, dass diese Wiedergabe der Rede Rosa Luxemburgs falsch und sie diesen Satz nicht gesprochen hatte. Dennoch hatte die Staatsanwaltschaft ihre Anklage aufrechterhalten. Der als Zeuge geladene Polizeikommissar hat ebenfalls ausgesagt, »dass er nicht den Eindruck hatte, als sei zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden.« Das sei entscheidend.

Die Staatsanwaltschaft messe dem Begriff Revolution eine Bedeutung bei, die im Widerspruch zur Wissenschaft und der Gesamtauffassung der Sozialdemokratie steht. Auf dem Jenaer Parteitag sei eine Diskussion über den politischen Massenstreik geführt worden, wobei es sich nicht darum gehandelt habe, zu einem solchen aufzufordern oder ihn zu proklamieren. Die Angeklagte vertritt den Standpunkt, »dass ein Massenstreik und eine Revolution nicht künstlich gemacht werden können und nur Ereignisse der historischen Entwicklung sind.«⁴⁶ Zum Beweis für diese Feststellung zitierte Rosenberg aus Rosa Luxemburgs wenige Wochen zuvor erschienen Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft«: »Die vereinzelt Beispiele von Beschlüssen und Abmachungen des russischen Parteivorstandes, die wirklich den Massenstreik aus freien Stücken proklamieren sollten, wie z. B. der letzte Versuch im August dieses Jahres nach der Dumaauflö-

⁴³ *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906.

⁴⁴ *Vorwärts*, 13.12.1906.

⁴⁵ *Jenaische Zeitung*, 24.09.1905.

⁴⁶ *Vorwärts*, 13.12.1906.

sung⁴⁷, sind fast gänzlich gescheitert. Wenn uns also die russische Revolution etwas lehrt, so ist es vor allem, dass der Massenstreik nicht künstlich ›gemacht‹, nichts ins Blaue hinein ›beschlossen‹, nicht ›propagiert‹ wird, sondern daß er eine historische Erscheinung ist, die sich in gewissem Moment aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt. Nicht durch abstrakte Spekulationen also über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, den Nutzen oder die Schädlichkeit des Massenstreiks, sondern durch die Erforschung derjenigen Momente und derjenigen sozialen Verhältnisse, aus denen der Massenstreik in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes erwächst, mit anderen Worten, nicht durch subjektive Beurteilung des Massenstreiks vom Standpunkte des Wünschbaren, sondern durch objektive Untersuchung der Quellen des Massenstreiks vom Standpunkte des geschichtlich Notwendigen kann das Problem allein erfasst und auch diskutiert werden.«⁴⁸

Den gleichen Standpunkt habe die Angeklagte in ihrer Rede auf dem Mannheimer Parteitag 1906 vertreten, wobei Rosenberg dem Staatsanwalt dankte, dass er sie ebenfalls hatte verlesen lassen. »Die Angeklagte, die dies geschrieben und gesprochen hat, kann unmöglich zur sofortigen Inszenierung des Massenstreiks, geschweige zur Revolution aufgefordert haben.« Selbst wenn sie es getan hätte, würde keine strafbare Handlung vorliegen, »denn der Streik ist gesetzlich erlaubt und auch derjenige zur Erringung politischen Einflusses. Demnach kann eine Aufforderung zum Massenstreik niemals strafbar sein«. Dies hätten die Gerichte bereits mehrfach entschieden, weil sich mit dem Massenstreik nicht notwendigerweise Gewalttätigkeiten verbinden würden. Die Staatsanwaltschaft habe ständig mit den Hinweisen der Angeklagten auf die Russische Revolution argumentiert. Dabei seien die russischen Arbeiter in die Revolution getrieben worden und würden nur die notwendigen Opfer bringen. Es sei höchst auffällig, »dass der Staatsanwalt in der Zitierung der Schlusssätze des *Kommunistischen Manifests* etwas besonders strafbares findet«. Diese Schrift sei nicht verboten, sondern in vielen Auflagen in Deutschland verbreitet und in Berlin erschienen. Im Übrigen habe sich die Angeklagte mit ihrer Jenaer Rede nicht an die großen Massen, sondern an die Parteitagsdelegierten gewandt, um diese zur Zustimmung zur Resolution August Bebel's zum Massenstreik zu bewegen. Diese Resolution erklärt die Anwendung des

⁴⁷ Die Duma war ein erstes Ergebnis der Russischen Revolution 1905. Sie begann ihre Tätigkeit am 27. April 1906, wurde jedoch von der Regierung im am 8. Juli 1906 aufgelöst, weil sie mit dem ihrem Versuch zur Lösung der Agrarfrage ihrer konstitutionellen Befugnisse überschritten habe.

⁴⁸ Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S.100.

Massenstreiks nur für gewisse Fälle als zulässig. Demnach kann die Angeklagte gar nicht in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben, was auch das Verhalten des Polizeikommissars gezeigt hätte. Er, der ja schon von Amts wegen dazu neigt Strafbares wahrzunehmen, habe keinen Anlass zum Eingreifen gefunden. Rosenfeld schloss seine Ausführungen mit der Feststellung, es sei unverständlich, »dass die Erörterung des Massenstreiks strafbar, die Ausführung aber gestattet sein soll. Die ganze Versammlungsfreiheit würde untergraben und vernichtet sein, wenn eine solche Rede nicht mehr gehalten werden dürfte. Fehlen demnach alle Voraussetzungen des Paragraphen 130, so muss Freisprechung erfolgen.«⁴⁹

Offenbar sah der Staatsanwalt nach dieser Verteidigungsrede seine Anklage in Gefahr, denn er bat erneut um das Wort. »Die Angeklagte hat in erster Reihe unter Hinweis auf Russland zur Revolution aufgefordert, erst in zweiter Weise sprach sie vom Massenstreik, um nicht ganz von der Tagesordnung abzukommen. Der öffentliche Friede ist bereits gefährdet, sobald die verschiedenen Bevölkerungsklassen sich beunruhigt fühlen können.«⁵⁰ August Bebel habe auf dem Jenaer Parteitag konstatiert, dass die Angeklagte »eine echt revolutionäre Rede gehalten habe«. Der Reichstagsabgeordnete Eduard David⁵¹ hatte ihr vorgeworfen, ihre Rede wäre ein Rückfall in den alten Revolutionarismus. »Es sei doch offensichtlich, dass die Angeklagte vom Massenstreik lediglich deshalb spreche, um unter diesem Schein die Rede auf die Revolution halten zu können.« Es habe sich in Jena nicht lediglich um eine theoretische Diskussion gehandelt, und in Mannheim hätte Rosa Luxemburg über die Anwendung des Massenstreiks für den Fall einer preußischen Intervention in Russland und bei internationalen Verwicklungen gesprochen. »Es müsse weiter berücksichtigt werden, dass die Straßenkrawalle in Sachsen und vor allem in Hamburg in ursächlichem Zusammenhang mit der Rede der Angeklagten stände.«⁵²

⁴⁹ *Vorwärts*, 13.12.1906.

⁵⁰ *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906.

⁵¹ Eduard David (1863–1930) war einer der führenden Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie.

⁵² *Vorwärts*, 13.12.1906. Wenige Wochen nach dem Jenaer Parteitag fanden im November/Dezember 1905 in ganz Sachsen Protestdemonstrationen gegen das Klassenwahlrecht statt, die am 3. Dezember in Dresden und anderen Städten ihren Höhepunkt in tumultartigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und der Polizei fanden. Groh, Dieter: Emanzipation und Integration. Beiträge zur Sozial- und Politikgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des 2. Reiches. Konstanz 1999. S. 406–412. In Hamburg war es am 17. Januar 1906 zu massenhaften Protestversammlungen gegen eine geplante Verschlechterung des Wahlrechts zur Bürgerschaft der Hansestadt gekommen. Aufmerksamkeit erregten die Hamburger Ereignisse zunächst infolge tumultartiger Unruhen, die in den Abendstunden stattfanden und an denen sozialdemokratischen Arbeiter nicht beteiligt waren. Zum Teil angetrunkene Jugendliche hatte sich den Umstand zunutze gemacht, dass die Polizei gegen die friedlichen Demonstranten eingesetzt wurde, während ganze Stadtviertel zeitweise ohne jeden Polizeischutz blieben. Ebenda, S. 428. Das tatsächlich Bedeutsame an den Hamburger Ereignissen

Auf diese Ausführungen des Staatsanwalts erwiderte Rosenberg, dass er ihm nicht zustimmen könne, dass die Rede der Angeklagten geeignet war, »eine öffentliche Beunruhigung hervorzurufen«. ⁵³ Zugleich protestierte er gegen den Versuch des Anklägers, »die Angeklagte für die Vorgänge in Hamburg verantwortlich zu machen.« Es sei gerichtlich festgestellt worden, dass nicht die Sozialdemokratie, sondern die Hamburger Polizei für die Krawalle verantwortlich gewesen war. ⁵⁴ Sollte das Gericht auf diese Vorfälle Gewicht legen, dann sehe er sich genötigt, »den Chef der Hamburger Polizei als Zeugen zu laden. Dieser wird bekunden, dass an dem Krawall in Hamburg lediglich die Polizeibeamten schuld hatten«. ⁵⁵ Es scheine schlecht um die Sache des Staatsanwalts zu stehen, wenn »er solche Dinge, die mit der Rede der Angeklagten auch nicht das Geringste zu tun hätten und außerdem unrichtig seien, in die Verhandlungen hineinziehe«. ⁵⁶

Nachdem die Plädoyers mit dieser Feststellung Rosenbergs abgeschlossen waren, erhielt Rosa Luxemburg die Gelegenheit zu ihrem Schlusswort ⁵⁷, wobei der Richter sie aufforderte, »sich kurz zu fassen«. ⁵⁸ Dagegen erhob Rosenberg sofort Einspruch, die Redefreiheit der Angeklagten dürfe nicht eingeschränkt werden. Der Richter relativierte daraufhin seine Aufforderung, er habe lediglich Wiederholungen vorbeugen wollen.

Rosa Luxemburg begann ihr Schlusswort mit der Bemerkung an den Richter, dass sie sich auch außerhalb des Gerichtssaals nicht zu wiederholen pflege. Sie wolle lediglich einige wenige Ausführungen zu ihren in der Sozialdemokratie allgemein bekannten Auffassungen über den Massenstreik und zur Gewaltanwendung machen, nachdem ihr Verteidiger die juristischen Aspekte ihres Falls besprochen habe. Zunächst konnte und wollte Rosa Luxemburg ihr Erstaunen über den, wie sie es nannte, »Leichtsinn« nicht verbergen, »mit dem ein offizieller Vertreter des Rechts einer Dreimillionen-Partei ⁵⁹ wie der Sozialdemokratie die Schuld bei solchen

war jedoch, dass die Arbeiter der Stadt vor Beginn der Demonstrationsversammlungen am Nachmittag massenhaft in den Ausstand getreten waren und damit den ersten politischen Massenstreik in Deutschland durchführten. Rosa Luxemburg, zu diesem Zeitpunkt in Warschau und am revolutionären Kampf der polnisch-litauischen Sozialdemokratie gegen den Zarismus beteiligt, begrüßte den Hamburger Massenstreik enthusiastisch. »Hurra Hamburg! Ich war stolz und glücklich, das zu lesen. Mag es bloß nicht einschlafen.« Laschitzka; Radczun Günter: Rosa Luxemburg. S. 179.

⁵³ *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906.

⁵⁴ *Vorwärts*, 13.12.1906.

⁵⁵ *Leipziger Volkszeitung*, 13.12.1906.

⁵⁶ *Vorwärts*, 13.12.1906.

⁵⁷ Ihr Schlusswort ist unter der redaktionellen Überschrift »Rede vor dem Gericht in Weimar« abgedruckt in: Rosa Luxemburg *Gesammelte Werke* Band 2. S. 188/189. Dieser Text ist dem Bericht der *Leipziger Volkszeitung* vom 13.12.1906 entnommen. Die nachfolgende Darstellung stützt sich auf den Bericht des *Vorwärts* vom 13.12.1906.

⁵⁸ *Vorwärts*, 13.12.1906.

⁵⁹ Bei der Reichstagswahl 1903 hatte die SPD mehr als drei Millionen Stimmen erreicht und wurde mit 31 Prozent der Stimmenanteile stärkste politische Partei im Deutschen Kaiserreich. Aufgrund der sie

Vorgängen wie die Hamburger Straßenkrawalle unterschieben kann.« An dieser Stelle unterbrach sie der Richter und rügte ihre Verwendung des Ausdrucks »Leichtsinn« in Bezug auf die Staatsanwaltschaft. Er warnte sie vor weiteren »dergleichen Äußerungen, die der Sache gar nicht dienlich seien«. Hiervon unbeeindruckt wiederholte Rosa Luxemburg, dass sie schon deshalb auf die »Leichtigkeit« des Staatsanwalts hinweisen müsse, mit der er die Sozialdemokratie und damit auch sie persönlich »entgegen einer ausdrücklichen gerichtlichen Feststellung für die Hamburger Krawalle verantwortlich machen will«. Diese Leichtigkeit sei charakteristisch für die Art und Weise, »mit der er im gegebenen Fall mir in meiner Jenaer Parteitagsrede die Absicht zuschiebt, zu Gewalttätigkeiten angereizt zu haben«. Ein besonders belastendes Moment sähe der Staatsanwalt in ihrem erregten Ton, mit dem sie ihre Jenaer Rede gehalten hätte. Der Ton einer Rede sei jedoch eine individuelle Temperamentsfrage und lasse keinen Rückschluss auf die Wissenschaftlichkeit des Gesagten zu. Ebenso könne mit einem sehr ruhigen Vortrag unwissenschaftliche oder aufreizende Inhalte verbreitet werden.

»Was meine Auffassung in der Massenstreikfrage betrifft, so vertrete ich gerade die Ansicht, dass man weder eine Revolution noch einen großen, ernststen Massenstreik künstlich machen oder provozieren kann.« Zum Beleg ihrer Auffassung verlas sie einige Auszüge aus ihrer Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft«: »Es genügt, das Bisherige zusammenzufassen, um auch über die Frage der bewussten Leitung und der Initiative bei dem Massenstreik Aufschluss zu bekommen. Wenn der Massenstreik nicht einen einzelnen Akt, sondern eine ganze Periode des Klassenkampfes bedeutet, und wenn diese Periode mit einer Revolutionsperiode identisch ist, so ist es klar, dass der Massenstreik nicht aus freien Stücken hervorgerufen werden kann, auch wenn der Entschluss dazu von der höchsten Instanz der stärksten sozialdemokratischen Partei ausgehen mag. Solange die Sozialdemokratie es nicht in ihrer Hand hat, nach eigenem Ermessen Revolutionen zu inszenieren und abzusagen, genügt auch nicht die größte Begeisterung und Ungeduld der sozialdemokratischen Truppen dazu, eine wirkliche Periode der Massenstreiks als eine lebendige, mächtige Volksbewegung ins Leben zu rufen. [...] Wenn es einerseits schwerlich mit Sicherheit vorausgesagt werden kann, ob die Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland in einer Situation eintritt, die unbedingt eine sofortige Massenstreikaktion hervorrufen wird, so ist es andererseits ganz sicher,

benachteiligenden Wahlkreiseinteilung erhielt sie jedoch nur 81 Mandate und wurde damit zweitstärkste Fraktion im Deutschen Reichstag.

dass, sobald wir in Deutschland in die Periode stürmischer Massenaktionen eingetreten sind, die Sozialdemokratie unmöglich auf die bloße parlamentarische Defensive ihre Taktik festlegen darf. Den Anlass und den Moment vorauszubestimmen, an dem die Massenstreiks in Deutschland ausbrechen sollen, liegt außerhalb der Macht der Sozialdemokratie, weil es außerhalb ihrer Macht liegt, geschichtliche Situationen durch Parteitagbeschlüsse herbeizuführen. Was sie aber kann und muss, ist, die politischen Richtlinien dieser Kämpfe, wenn sie einmal eintreten, klarlegen und in einer entschlossenen, konsequenten Taktik formulieren. Man hält nicht die geschichtlichen Ereignisse im Zaum, indem man ihnen Vorschriften macht, sondern indem man sich im voraus ihre wahrscheinlichen, berechenbaren Konsequenzen zum Bewusstsein bringt und die eigene Handlungsweise danach einrichtet.«⁶⁰

Rosa Luxemburg ging dann auf den Vorwurf der Staatsanwaltschaft ein, im Mittelpunkt ihrer Parteitagsrede hätte die Russische Revolution gestanden. »Aber die russische Revolution ist nun einmal das erste große geschichtliche Experiment mit dem Kampfmittel des Massenstreiks, und jeder ernsthafte soziale Forscher, und sei es auch ein bürgerlicher Gelehrter, der das Problem des Massenstreiks studieren und beurteilen will, muss sich unbedingt an die russische Revolution wenden und aus ihr seiner Erkenntnisse schöpfen.«⁶¹ Abschließend äußerte sie sich zum Aspekt der Gewalt. Zunächst machte sie darauf aufmerksam, dass sie sich mit ihrer Rede auf dem Parteitag an dessen Delegierte gewandt hatte. Bei ihnen handle es sich um die aufgeklärte Elite der deutschen Arbeiterklasse, die durch die vierzigjährige Schulung der Sozialdemokratie gegangen sei. Ihnen zu unterstellen, sie würden sich durch eine Rede zu Gewalttätigkeiten aufreizen lassen, sei eine kolossale Unterschätzung des politischen Reifegrads der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Ebenso hätte sie diese Rede in einer sozialdemokratischen Volksversammlung halten können, »ohne dass unsere Arbeiter entfernt an Gewalttätigkeiten gedacht hätten«. Habe das deutsche Proletariat angesichts des Sozialistengesetz⁶², der Umsturzvorlage⁶³, der

⁶⁰ Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S.130/131.

⁶¹ Vorwärts, 13.12.1906.

⁶² Das »Sozialistengesetz« gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie galt von 1878 bis 1890. Es verbot sozialistische, sozialdemokratische, kommunistische Vereine, Versammlungen und Schriften. Demgegenüber war die Beteiligung an Wahlen für Sozialdemokraten als Einzelpersonen möglich. Ihre Wahlerfolge machten deutlich, dass der Sozialdemokratie mit staatlicher Repression nicht beizukommen war. Deshalb wurde das Gesetz 1890 vom Reichstag nicht verlängert.

⁶³ Die Umsturzvorlage zu Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärgesetzbuchs und des Pressegesetzes vom 5. Dezember 1894 hatte sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie und deren angeblichen gewaltsamen Umsturzpläne gerichtet. Sie wurde jedoch vom Deutschen Reichstag am 11. Mai 1895 abgelehnt.

Zuchthausvorlage⁶⁴, des Hungertarifes⁶⁵ und der Anti-Gewerkschaftsvorlage⁶⁶ nicht bewiesen, dass es sich nicht zu Gewalttätigkeiten ausreizen lasse? Glaube die Staatsanwaltschaft tatsächlich, dass ein paar Worte der Angeklagten angesichts dieser Taten der Herrschenden dazu ausreichen. »Ich wundere mich, dass der Staatsanwalt nicht, statt mich anzuklagen, die Urheber all jener Gesetze und Vorlagen in Anklagezustand versetzt, denn diese Taten sind wahrhaft geeignet, die besitzlosen Massen in höchstem Grade aufzureizen und sie würden sicher zu Gewalttätigkeiten führen wenn – ja wenn eben nicht der vertiefende und klärende Einfluss der Sozialdemokratie wäre.«⁶⁷

Anders als von der Staatsanwaltschaft dargestellt, leugne sie den revolutionären Charakter ihrer Rede nicht. Sie habe in Jena revolutionär gesprochen, so wie sie immer revolutionär rede, weil die sozialdemokratische Agitation revolutionär ist. Im Unterschied zum Staatsanwalt verstehe die Sozialdemokratie unter Revolution jedoch nicht Vorgänge wie die Hamburger Krawalle, sondern »eine vollkommene, gründliche Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung.« Dabei negiere sie auch gar nicht die Rolle der Gewalt, »nur stehe ich mit meiner Partei auf dem Standpunkt, dass die Initiative zur Anwendung der Gewalt stets von den herrschenden Klassen ausgeht«. Diese Position unterstrich sie mit einem Hinweis auf Friedrich Engels. »Wie oft haben die Bourgeois uns nicht zugemutet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmegesetz gefallen, das gemeine Recht wiederhergestellt ist für alle, auch für die Sozialisten! Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu tun. Was aber nicht verhindert, dass in diesem Augenblick nicht wir diejenigen sind, die ›die Gesetzlichkeit kaputt machten‹. Im Gegenteil, sie arbeitet so vortrefflich für uns, dass wir Narren wären, verletzten wir sie, solange dies so vorangeht. Viel näher liegt die

⁶⁴ Die Zuchthausvorlage richtete sich gegen die Gewerkschaften und wurde von allen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung abgelehnt. Sie bedrohte Gewerkschaftsmitglieder mit Gefängnis- oder gar Zuchthausstrafen, wenn diese arbeitswillige Beschäftigte zur Teilnahme am Arbeitskampf oder zum Beitritt in die Gewerkschaften zwingen wollten. Auch dieses Gesetz scheiterte im Deutschen Reichstag.

⁶⁵ Meint den als Folge der Schutzzollpolitik seit 1879 im Jahr 1902 vom Reichstag verabschiedeten Zolltarif. Er bedeutete eine weitere Erhöhung der Agrarzölle, die zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise führten.

⁶⁶ Meint den Gesetzentwurf über die gewerblichen Berufsvereine, der sich vor dem Hintergrund der Massenstreikdiskussion gegen die Gewerkschaften richtete und zu einem Paket von diskutierten Maßnahmen der Reichsleitung gehörte. Er war am 10. November 1906 in den Reichstag eingebracht worden, wurde dann aber vor dem Hintergrund seiner vorzeitigen Auflösung im Dezember 1906 und der Niederlage der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 nicht weiterverfolgt.

⁶⁷ *Vorwärts*, 13.12.1906.

Frage, ob es nicht grade die Bourgeois und ihre Regierung sind, die Gesetz und Recht verletzen werden, um uns durch die Gewalt zu zermalmen? Wir werden das abwarten. Inzwischen: »Schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren Bourgeois! Kein Zweifel, sie werden zuerst schießen. Eines schönen Morgens werden die deutschen Bourgeois und ihre Regierung müde werden, der alles überströmenden Springflut des Sozialismus mit verschränkten Armen zuzuschauen; sie werden Zuflucht suchen bei der Ungesetzlichkeit, der Gewalttat. Was wird's nützen? Die Gewalt kann eine kleine Sekte auf einem beschränkten Gebiet erdrücken; aber die Macht soll noch entdeckt werden, die eine über ein ganzes großes Reich ausgebreitete Partei von über zwei oder drei Millionen Menschen auszurotten imstande ist. Die konterrevolutionäre, momentane Übermacht kann den Triumph des Sozialismus vielleicht um einige Jahre verzögern, aber nur, damit er dann um so vollständiger und endgültiger wird.«⁶⁸

Das sei der sozialdemokratische Standpunkt in der Gewaltfrage, so Rosa Luxemburg. »Und nun bitte ich Sie, mich frei zu sprechen. Nicht weil ich mich vor einer eventuellen Gefängnisstrafe fürchte, gilt es die uns von der herrschenden Justiz für unsere Überzeugungen zudiktierten Gefängnisstrafen zu ertragen, so sagt sich jeder Sozialdemokrat, um in dem Bismarck-Küchenlatein zu reden: *Nescio, quod mihi magis farcimentum*, zu Deutsch: Ich weiß nicht, was mir mehr Wurst wäre. Aber ich bitte sie um Freispruch, weil die Verurteilung eine Ungerechtigkeit wäre und Ärgernis erregend in den sozialdemokratischen Kreisen wirken müsste.«⁶⁹

Nachdem sich das Gericht zu einer einstündigen Beratung zurückgezogen hatte, verkündete es seine Entscheidung. Rosa Luxemburg wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil »durch die Art und Weise, wie die Angeklagte in Jena gesprochen hat, das Bürgertum beunruhigt worden ist und die besitzlosen Klassen in eine Stimmung versetzt worden sind, in der sie zu Gewalttätigkeiten geneigt sind. Deshalb habe das Gericht [sie] verurteilen müssen«. Strafverschärfend sei hinzugekommen, dass die Angeklagte vorbestraft war und sie eine führende Rolle innerhalb der Sozialdemokratie spiele. »Sachlich müsse allerdings festgestellt werden, dass der Maskestreik an sich eine gesetzlich erlaubte und nicht strafbare Tat sei.«⁷⁰

Nachzutragen ist, dass das Reichsgericht in Leipzig am 12. April 1907 die von Kurt Rosenfeld eingelegte Berufung gegen das Weimarer Urteil

⁶⁸ Engels, Friedrich: *Der Sozialismus in Deutschland*; in: Karl Marx/Friedrich Engels – Werke Band 22. Berlin 1963. S. 251 (S. 245–260).

⁶⁹ *Vorwärts*, 13.12.1906.

⁷⁰ *Vorwärts*, 13.12.1906.

ablehnte und es damit bestätigte.⁷¹ Wenige Tage nach ihrer Rückkehr aus London, wo sie als Vertreterin der deutschen Sozialdemokratie am Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands teilgenommen hatte, musste sie ab dem 12. Juni 1907 im Berliner Frauengefängnis ihre Haftstrafe verbüßen.⁷²

⁷¹ Laschitza: Rosa Luxemburg. S.270.

⁷² Ebenda, S.276/277.

DIE VORGESCHICHTE DES PROZESSES: DAS UMFELD DES JENAER PARTEITAGES 1905

Willkommen waren die Delegierten des sozialdemokratischen Parteitags weder beim Bürgertum der Universitätsstadt Jena noch bei den thüringischen Behörden. In der Nacht vor der Eröffnung des Parteitages hatten zunächst Unbekannte die am Jenaer Volkshaus angebrachte Begrüßungsdekoration mit Salzsäure übergossen, »so dass am Morgen der Stoff in Fetzen herabhing«.⁷³ Knapp drei Jahre nach diesem Vorfall meldete das Jenaer SPD-Parteiblatt, es sei ihm gelungen, jene Bürschchen zu ermitteln, die für den Anschlag verantwortlich waren. Bei ihnen handelte es sich um die Söhne »hiesiger Bürger und Beamter [...], die innerhalb der Gemeinde eine hervorragende Stellung einnehmen« und deren Namen deshalb nicht veröffentlicht würden. Die sozialdemokratische Zeitung unterstellte zwar keine unmittelbare Anstiftung durch die Eltern, ihre »verkehrte Erziehung«, die ihren Kindern »alles Unglaubliche« über die Sozialdemokraten vermittele, musste diese jedoch in dem Glauben versetzt haben, »dass sie eine gute Tat vollbringen«.⁷⁴

Die *Jenaische Zeitung*, Presseorgan des nationalliberalen, konservativen und alldeutschen Bürgertums der Stadt, brachte den sozialdemokratischen Delegierten am Eröffnungstag des Jenaer Parteitages »einen gebührenden Willkommensgruß dar«, der sich in der Hauptsache jedoch an das eigene Klientel richtete. Das Blatt erinnerte daran, wobei es die Sozialdemokratinnen beflissentlich ignorierte, dass die in der Saalestadt weilenden Gäste vaterlandslose Gesellen und die Repräsentant*innen der Umsturzpartei seien. Es hatte weder vergessen noch verziehen, dass sich der SPD-Parteivorsitzende August Bebel am Beginn des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag der Stimme enthalten hatte. Im Ergebnis dieses Krieges war das Deutsche Kaiserreich gegründet und damit die »Revolution von oben« des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck vollendet worden. In

⁷³ Protokoll 1905: S.145.

⁷⁴ *Weimarerische Volkszeitung*, 28.05.1908. Nachdem ein Professor der Jenaer Universität im Sommer 1919 beim Abreißen sozialistischer Plakate angetroffen worden war, erinnerte die Zeitung der Jenaer Unabhängigen Sozialdemokratie daran, dass dessen Sohn 1905 an dem Salzsäureanschlag beteiligt gewesen war. »Dem jungen Gymnasiasten von damals müssen wir allerdings heute, nachdem wir den erlauchten ›alten Herren‹ bei einem gleich ehrenwerten Tun ertappt haben, mildernde Umstände zubilligen. Handelte er doch im Banne des ihm vererbten Blutes wie der ›Erziehung‹, die ihm im Elternhaus zuteil geworden ist.« *Neue Zeitung*, 06.09.1919.

den kommenden Tagen, so prophezeite die *Jenaische Zeitung*, würden auf dem sozialdemokratischen Parteitag, »Reden gehalten werden von Leuten, die Feinde des deutschen Kaisertums, Feinde der angestammten Fürsten, Feinde der kräftig aufstrebenden Entwicklung unseres Volkes [und] Feinde eines stolzen Nationalgefühls sind.«⁷⁵

Während die Jenaer Behörden jenen Polizeikommissar als Aufpasser zum sozialdemokratischen Parteitag entsandten, der als Zeuge der Staatsanwaltschaft gegen Rosa Luxemburg im Prozess aussagen sollte, hatte die Regierung des Herzogtums Sachsen-Altenburg den Wirt der nahe der Saalestadt liegenden Leuchtenburg bei Kahla angewiesen, die Delegierten des Parteitages nicht zu bewirten. Anlass für dieses Verbot war das Vorhaben des Jenaer Vorbereitungs Komitee, den Parteitag am Nachmittag des 20. Septembers zu unterbrechen, um den Delegierten die Möglichkeit zu geben, die Burg zu besuchen.⁷⁶

Gegenüber den sozialdemokratischen Abgeordneten des Landtages des Herzogtums Sachsen-Altenburg rechtfertigte die Staatsregierung ihr Agieren mit dem internationalistischen und revolutionären Charakter der SPD. »Wir sehen es doch jeden Tag und haben es nicht am wenigsten in Jena gesehen und erlebt oder wenigstens gehört, dass in der skrupellosesten Weise Zwietracht gesät wird, dass die aufreizendsten Reden geführt werden, dass man sich zu unmittelbaren Drohungen versteigt, Drohungen mit Gewalt. Ich brauche an die Bebel'sche Rede nicht zu erinnern. Sie alle kennen sie. Das [...] ist die offizielle Leitung der sozialdemokratischen Partei, wie sie in Jena zutage trat, in der, wie wir ja alle wissen, leider der deutsche Arbeiter ein ganz geringes Wort führt, wo es Volksfremde und Elemente sind, bei denen die Zugehörigkeit zur deutschen Nation überhaupt vielfach zweifelhaft ist. Ich will nur den Namen Rosa Luxemburg nennen, die ja bekanntlich eine russische Jüdin ist.«⁷⁷

Während aus den Reihen der sozialdemokratischen Abgeordneten sofort auf diese Aussage hin der Zwischenruf erfolgte, Rosa Luxemburg sei preußische Staatsbürgerin, offenbarte dieser persönliche Angriff jenen antisemitisch aufgeladenen Nationalismus, der das Denken und Agieren der politisch maßgebenden Kreise im kaiserlichen Deutschland leitete und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie mitbestimmte. In dem gleichen Tenor

⁷⁵ *Jenaische Zeitung*, 17.09.1905.

⁷⁶ Protokoll 1905: S. 153. Hiervon wurde jedoch nach Bekanntwerden des Bewirtungsverboten Abstand genommen. Rosa Luxemburg nutzte indes die Gelegenheit, die Dornburger Schlösser zu besuchen. Hieran erinnert noch heute eine kleine Gedenktafel an der Parkmauer.

⁷⁷ Landschaftliche Mitteilungen über den Landtag des Herzogtums Sachsen-Altenburg auf die Landtagsperiode 1904–1906. Achtzehnte Sitzung, den 18. Dezember 1905. S. 405.

kommentierte die Rechtspresse im Herbst 1905 den Eintritt Rosa Luxemburg in die Redaktion des Berliner *Vorwärts*. »Die galizische Jüdin Rosa Luxemburg ist jetzt die Tonangeberin im ›Vorwärts‹, dem sozialdemokratischen Zentralorgan. Unter dem Einfluss dieser jüdischen Ausländerin ist der ›Vorwärts‹ in die extremsten revolutionären Bahnen eingelenkt. Täglich wird der Aufruhr gepredigt. Außerdem reist Rosa Luxemburg in Deutschland umher und hält aufrührerische Reden. Vor kurzem hat sie Hamburg unsicher gemacht. Darauf hat sie sogar in der Reichshauptstadt vor einer großen Versammlung gesprochen und unter frenetischem Beifall aufgefordert, es den russischen Revolutionären nachzumachen. Dabei hat sie eingestanden, dass die russischen Revolutionsmacher in innigster Fühlung mit der deutschen Sozialdemokratie handeln. In der staatsertreuenden Bevölkerung versteht man die Duldung solcher Aufrührerreden nicht. Man fürchtet ernste Gefahren. Gewährt das Gesetz keine Handhaben, so sollte man sie schaffen. Aber vor allem die Frage: Weshalb lässt man die Aufruhr predigende galizische Jüdin im Lande? Man spendiere diese Person doch dahin, woher sie gekommen ist, nach dem ›in Freiheit‹ schwelgenden Russland.«⁷⁸

Wenngleich ohne die antisemitischen Ausfälle, lag auch der Abschlusskommentar der *Jenaischen Zeitung* zum sozialdemokratischen Parteitag, der sich der Massenstreikdebatte annahm, auf dieser Linie. »Auf diesen Parteitag werden wir noch oft verweisen, wenn man uns von der [reformistischen – M. H.] Mauserung der Sozialdemokratie spricht oder wenn von ›notwendigen Konzessionen‹ geredet wird.« Die hier gehaltenen Reden seien nicht an die versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Saal gerichtet gewesen, sondern an die großen Massen, »die diese Aufrufe zur Revolution und zur blutigen Befreiung in den sozialdemokratischen Zeitungen und Flugschriften lesen, denen sie durch die Berichterstatter zugetragen werden«. Zugleich hätten die revolutionären Kampfaufrufe »nicht den gebildeten, fleißigen, vorwärtsstrebenden und durch ihre Hände und ihres Kopfes Fähigkeit selbst zu Besitz kommenden Arbeitern« gegolten, sondern »in erster Linie der Masse der gescheiterten Existenzen, der Arbeitsscheuen und derjenigen, die – wie Rosa Luxemburg sagt – nichts zu verlieren haben«.

Es müsse gefragt werden, ob es im Interesse des Staates liege, »dass ein kleines Häuflein Männer in so ungezügelter Wildheit über alles herfällt, was wir für schwer errungenen Kulturbesitz halten. Könne der Staat es weiterhin ruhig mit ansehen, dass die Soldaten zur Meuterei und die

⁷⁸ Zitiert nach Laschitzka: Rosa Luxemburg. S. 234.

Bevölkerung zu Straßenkämpfen aufgefordert würden«? Im Falle von Volksaufständen werde an die Stelle der gemäßigten Führung der von den Fanatikern aufgehetzte Pöbel treten, der aus Lust am Morden, Plündern und Brandschatzen agiere. Die Staatsregierung müsse sowohl die Bevölkerung, als auch die von den blinden Fanatikern verführten Volksgenossen schützen. Die Gedanken an Bürgerkrieg, Aufruhr und Straßenkampf würden von den sozialdemokratischen Führern und Agitatoren in das deutsche Volk hineingetragen. Es sei zwar zu verstehen, dass die deutschen Regierungen den sozialdemokratischen Demagogen im Vertrauen auf die eigene Kraft bisher nicht entgegengetreten sind. Aber die sollten deren Spiel mit dem Feuer nicht gänzlich ignorieren. »Die leidenschaftliche Verhetzung der Bevölkerungskreise gegen einander und die skrupellose Verleumdung Deutschlands vor dem Auslande haben hier in Jena einen Höhepunkt erreicht, der nicht ohne Gefahr für die ruhige Entwicklung unseres Vaterlandes überschritten werden darf.« Deshalb forderte das Blatt ein energisches Einschreiten, die Staatsregierung müsse dieser planmäßigen Brandstiftung »mit aller Energie entgegenreten«. ⁷⁹ Damit war die Anklageschrift gegen Rosa Luxemburg faktisch formuliert, der Staatsanwalt brauchte sie dem Kommentar der *Jenaischen Zeitung* nur zu entnehmen.

Es würde den Einfluss dieses Blattes auf die Strafverfolgungsbehörden im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach jedoch weit überschätzen, die Ermittlungen und die Anklage gegen Rosa Luxemburg allein auf die Berichterstattung und Kommentare der *Jenaischen Zeitung* zurückzuführen. Mit ihrer Einschätzung befand sich die Zeitung im Einklang mit großen Teilen der bürgerlichen Presse des Kaiserreiches, die die deutsche Sozialdemokratie nach dem Jenaer Parteitag fest in der Hand der radikalen Richtung unter August Bebel sah. ⁸⁰ Die Reichskanzlei hatte unmittelbar nach dem Ende des Parteitages prüfen lassen, ob die Jenaer Parteitagsreden strafrechtliche Relevanz besaßen. Das Reichsjustizamt kam in Bezug auf August Bebel zu dem Schluss, dass keiner der in Betracht kommenden Paragraphen gegen ihn angewandt werde könne, weshalb die Staatsanwaltschaften in Berlin und Weimar von einer Anklageerhebung Abstand genommen hätten. Die Weimarer Staatsanwaltschaft sah jedoch in der Rede Rosa Luxemburgs einen Anlass zu strafrechtlicher Verfolgung und erhob dementsprechend Anklage. ⁸¹ Die Begründung zur Zurückweisung der Revisi-

⁷⁹ *Jenaische Zeitung*, 17.09.1905.

⁸⁰ Groh: Emanzipation und Integration. S. 402/403.

⁸¹ Stern, Leo (Hrsg.): Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band 2/II. Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905–1907 auf Deutschland. Berlin 1956. S. 140–142.

onsantrages Rosa Luxemburgs gegen ihre Verurteilung durch das Weimarer Gericht zeigt, dass die Behörden mit ihrer strafrechtlichen Verfolgung meinten, der potentiellen Gefahr eines bevorstehenden Massenstreiks entgegenzuwirken. Mit ihrer Jenaer Rede hätte sie »als Mittel zur Durchführung des Streiks die gewalttätige Revolution empfohlen. [...] Das sei auch in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise geschehen. Denn Ende 1905 sei das Verhältnis zwischen England und Deutschland ein gespanntes gewesen. Als eine gegebene Gelegenheit für Massenarbeits-einstellungen sei aber auch ein Krieg zu erachten. Auch ein Massenstreik zwecks der Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts sei in absehbarer naher Zeit zu erwarten gewesen«.⁸²

Einen letzten Aspekt, der das Umfeld des Jenaer Parteitags bestimmte, bildete die spezifische politische Situation im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach. Seit seiner Ernennung zum Innenminister des Großherzogtums im Jahr 1899 betrieb Hans Lutze von Wurmb, zuvor führender Kopf der konservativ-agrarischen Mehrheit im großherzoglichen Landtag, eine verschärft reaktionäre Innenpolitik, deren wesentliches Kennzeichen die Unterdrückung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war.⁸³ Die Begrüßungsworte des SPD-Reichstagsabgeordneten Paul Reißhaus am 16. April 1900, mit denen er die Landeskonferenz der Sozialdemokratie des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach in Erfurt begrüßte, machten die Situation kenntlich. »Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren die Sozialdemokraten im Königreich Preußen und anderen Staaten gezwungen, für ihre Beratungen Zufluchtsorte [u. a.] im Großherzogtum Sachsen-Weimar zu suchen. [...] Heute, zehn Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes, müssen die Sozialdemokraten des Weimarischen Ländchens in Preußen Zuflucht suchen, um in aller Öffentlichkeit und Gesetzlichkeit ihre Angelegenheiten erledigen zu können.«⁸⁴

⁸² *Vorwärts*, 13.04.1907.

⁸³ Hess, Ullrich: *Geschichte Thüringens 1866 bis 1914*. Aus dem Nachlass herausgegeben von Volker Wahl. Weimar 1991. S. 456.

⁸⁴ *Jenaer Volksblatt*, 19.04.1900.

DIE MASSENSTREIKDEBATTE UND ROSA LUXEMBURGS THEORETISCHER NEUANSATZ

Die Generalstreik- bzw. Massenstreikdiskussion 1905/06 war keine neue Debatte innerhalb der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Seit ihren Anfängen diskutierte sie darüber, ob sich mit einer massenhaften Arbeitseinstellung gesellschaftliche, politische und/oder unmittelbare soziale Ziele erreichen ließen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Problem Krieg und Frieden erschien der Generalstreik zunächst als ein Mittel zur Kriegsverhinderung. In Beantwortung der Frage der deutschen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation, wie sich die Arbeiterklasse im Falle eines Krieges verhalten solle, beschloss der Brüsseler Kongress 1868, »dass die Arbeiter jedes Landes sich nicht nur laut und entschieden gegen allen Völkerkrieg aussprechen, sondern mit allen ihnen zu Geboten stehenden Mitteln gemeinsam gegen ihn einschreiten, den Dienst zu Menschenmord und Gutszerstörung, wie alle Arbeit zur Versorgung von Kriegsheeren verweigern«. ⁸⁵

Karl Marx hatte im Vorfeld dieses Kongresses die Festlegung auf einen Antikriegsstreik zu verhindern versucht, weil er hierfür keine Voraussetzungen sah. Seiner Auffassung nach musste die Arbeiterklasse erst ausreichend organisiert sein, um einen solchen Generalstreik tatsächlich erfolgreich durchführen zu können. Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870 bestätigte dies. Die Proteste der Sozialdemokratie gegen den Krieg hatten sich auf die politische Ebene beschränken müssen und wurden vom Staat mit massiver Repression beantwortet. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund vermied die 1889 neu konstituierte II. Internationale eine so radikale Festlegung auf den Antikriegsstreik, wie ihn die Brüsseler Resolution 1868 formuliert hatte. Maßgebend hierfür war insbesondere der Widerstand der deutschen Sozialdemokratie gegenüber den entsprechenden Forderungen holländischer, französischer und englischer Sozialisten. ⁸⁶

Die Frage des Massen- bzw. Generalstreiks warf in den 1870er-Jahren ein zweites grundlegendes Problem auf, das schließlich zur Spaltung der 1864 in London gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation führte. Während

⁸⁵ *Der Vorbote*. Politische und sozial-ökonomische Monatsschrift. Zentralorgan der Sektion deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation. Nr. 10. Oktober 1868. (3. Jg.) S. 151.

⁸⁶ Groh, Dieter; Brandt, Peter: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990. München 1992. S. 13–15.

für Marx die soziale Revolution ein Ergebnis der historischen Entwicklung darstellte, die nach der späteren Auslegung Karl Kautskys nur abgewartet werden müsse, war sie nach Auffassung des russischen Revolutionärs und Anarchisten Michael Bakunin ein Produkt des revolutionären Willens. Lag die Gefahr bei Bakunin in einer »linksradikale(n) Isolation der Besser-Wissenden«, so bestand sie im Marxismus »im Verlust revolutionärer Spontaneität. Die Tatsache, dass diese Widersprüche innerhalb der sozialistischen Bewegung unabhängig vom jeweiligen Bekenntnis immer wieder diskutiert wurden, zeigt, dass es sich dabei weniger um eine Unvereinbarkeit ideologischer Strömungen handelte, es waren vielmehr Grundkonflikte politischer Praxis, für die mit jeder Generation neue Lösungen gefunden werden mussten.«⁸⁷

Marx und die europäischen sozialdemokratischen Parteien, die 1889 in Paris die II. Internationale gegründet hatten, sahen als maßgebende Voraussetzung für eine proletarische Revolution die Herausbildung einer organisierten Arbeiterbewegung zur Führung unmittelbarer politischer und gewerkschaftlicher Kämpfe im Kapitalismus. Demgegenüber war im Verständnis Bakunins und seiner Anhänger die Möglichkeit einer Revolution im Prinzip immer gegeben, es bedurfte nur der Initialzündung in Form eines Generalstreiks.⁸⁸

Nachdem Bakunins diesbezügliche Generalstreikstrategie 1873 in Spanien zu einer schweren Niederlage der Arbeiterbewegung geführt hatte, formulierte Friedrich Engels jene grundlegende marxistische Kritik am Generalstreik, die auf Jahrzehnte die Sicht der internationalen Sozialdemokratie bestimmen sollte. »Der allgemeine Strike ist im bakunistischen Programm der Hebel, der zur Einleitung der sozialen Revolution angesetzt wird. Eines schönen Morgens legen alle Arbeiter aller Gewerke eines Landes oder gar der ganzen Welt die Arbeit nieder und zwingen dadurch in längstens vier Wochen die besitzenden Klassen, entweder zu Kreuz zu kriechen oder auf die Arbeiter loszuschlagen, so dass diese dann das Recht haben, sich zu verteidigen und bei dieser Gelegenheit die ganze alte Gesellschaft über den Haufen zu werfen.«⁸⁹ Dieser Vorschlag sei nicht neu. Französische und belgische Sozialisten hätten ihn bereits 1848 propagiert. Seinen Ursprung führte Engel auf den Chartismus in England zurück. Hier war seit 1839 der »heilige Monat« gepredigt worden, der drei Jahre

⁸⁷ Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung. S. 75/76.

⁸⁸ Gallas, Nowak: Agieren aus der Defensive. in: Gallas, Nowak, Wilde: Politische Streiks. S. 34.

⁸⁹ Engels, Friedrich: Die Bakunisten an der Arbeit. Denkschrift über den Aufstand in Spanien im Sommer 1873; in: Karl Marx/Friedrich Engels – Werke Bd. 18. Berlin 1962. S. 479 (S. 476–493).

später jedoch in Nordengland erfolglos versucht wurde. Inzwischen, so konstatierte Engels 1873, würden auch die Anhänger Bakunins zugeben, dass für einen erfolgreichen Generalstreik »eine vollständige Organisation der Arbeiterklasse und eine gefüllte Kasse nötig sei. Und darin liegt eben der Haken. Einerseits werden die Regierungen, besonders wenn man sie durch politische Enthaltung ermutigt, weder die Organisation noch die Kasse der Arbeiter je so weit kommen lassen; und andererseits werden die politischen Ereignisse und die Übergriffe der herrschenden Klassen die Befreiung der Arbeiter zuwege bringen, lange bevor das Proletariat dazu kommt, sich diese ideale Organisation und diesen kolossalen Reservefonds anzuschaffen. Hätte es sie aber, so brauchte es nicht den Umweg des allgemeinen Strikes, um zum Ziele zu gelangen«.90

Damit war ein einsichtiges Argument formuliert, mit dem sich die immer wieder auftauchende Generalstreikforderung zurückweisen ließ. Mit ihm argumentierte Wilhelm Liebknecht auf dem Gründungskongress der II. Internationale 1889 in Paris gegen das Ansinnen eines französischen Delegierten, einen Generalstreik »als Anfang der sozialen Revolution« durchzuführen. Mit ihm wollte dieser Delegierte dem Aufruf des Kongresses, zur Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages am 1. Mai Kundgebungen abzuhalten, Nachdruck verleihen.⁹¹

Die Niederlage der Hamburger Hafendarbeiter, die am 1. Mai 1890 für die Einführung des Acht-Stunden-Tages tatsächlich gestreikt hatten, schien die Richtigkeit der marxistischen Kritik am politischen Generalstreik erneut zu bestätigen. Sie führte letztlich mit zur Zentralisierung der sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes in Einzelverbänden neu konstituierenden deutschen Gewerkschaftsbewegung sowie der Abspaltung einiger lokalisierter Gewerkschaftsverbände. Innerhalb der streng auf ihre Autonomie achtenden zentralistischen Einzelgewerkschaften wurden anstelle basisdemokratischer Strukturen zentrale Leitungen und Finanzverwaltungen eingeführt, um der organisierten Kapitalmacht besser entgegentreten zu können. Damit verband sich die 1899 erfolgte Übertragung des Rechts zur Ausrufung eines Streikes von der lokalen Gewerkschaftsgliederung auf die Verbandsleitung,⁹² die jedoch in der Praxis erhebliche Probleme und Konflikte hervorrief.

⁹⁰ Ebenda, S. 480.

⁹¹ Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Nürnberg 1890. S. 124.

⁹² Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung. S. 122/123.

Die Gewerkschaften verstanden es als ihren Beitrag zur Emanzipation der Arbeiterklasse, auf dem Boden der bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse im Deutschen Kaiserreich für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. »Deshalb sahen die Gewerkschaftsführer in der friedlich-legalen Taktik der Massenaufklärung, in der Expansion ihrer Organisationen und in der begrenzten Anwendung des Streiks im Arbeitskampf ihre Kampfmittel.«⁹³

Demgegenüber blieb das Thema Massenstreik weiterhin ein Gegenstand der sozialdemokratischen Diskussion, wobei sich die Erörterungen zunächst auf der theoretischen Ebene bewegten, auf einen kleinen Kreis beschränkten und vorrangig auf den Seiten der von Karl Kautsky herausgegebenen Theoriezeitschrift *Die Neue Zeit* stattfanden. Angesichts der nie verstummenden Staatsstreichgerüchte im Deutschen Kaiserreich, den jedem sozialdemokratischen Wahlerfolg nachfolgenden Forderungen konservativer Kreise nach einer gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiterbewegung und schließlich der Einführung eines die Sozialdemokratie stark benachteiligenden Landtagswahlrechts im Königreich Sachsen 1896 musste sie sich die Frage stellen, welche konkreten Mittel ihr zur Abwehr reaktionärer Anschläge zur Verfügung stünden.⁹⁴ Alexander Parvus-Helphand⁹⁵ entwickelte bereits 1896 in der Artikelserie »Staatsstreich und politischer Massenstreik« die wichtigsten Aspekte der Massenstreikdebatte 1905/06: politischer Massenstreik in Abgrenzung vom anarchistischen Generalstreik, politischer Massenstreik als Abwehrmittel gegen einen befürchteten staatlichen Angriff auf das Koalitions- bzw. Reichstagswahlrechts, politischer Massenstreik als Ersatz für den Barrikadenkampf in der bürgerlichen Revolution und schließlich die entscheidende Frage, »ob die Anwendung des politischen Massenstreiks unter den Bedingungen Preußen-Deutschlands bereits die soziale Revolution einleite oder die Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft und des Staates unverändert lasse«.⁹⁶

Nach dem großen Wahlerfolg der SPD bei der Reichstagswahl im Juni 1903 wurde die Diskussion über den politischen Massenstreik, diesmal initiiert durch Rudolf Hilferding⁹⁷, in den Spalten der *Neuen Zeit* verstärkt

⁹³ Grebing, Helga: *Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914*. München 1987. S.117.

⁹⁴ Groh: *Emanzipation und Integration*. S.360.

⁹⁵ Alexander Parvus-Helphand (1867--1924) war ein russischer Revolutionär und zeitweise auch in der deutschen Sozialdemokratie aktiv. Er nahm an der Russischen Revolution 1905 teil und gehörte bis zu seinem Ausschluss aus der SPD aufgrund von Unterschlagungsvorwürfen zum linken Flügel der SPD. Gemeinsam mit deutschen Regierungsstellen organisierte er nach Beginn der Februarrevolution 1917 Lenins Reise im plombierten Wagen durch das Deutsche Reich nach Russland.

⁹⁶ Groh: *Emanzipation und Integration*. S.360.

⁹⁷ Rudolf Hilferding (1877-1941) arbeitete als marxistischer Theoretiker und Ökonom eng mit Karl Kautsky

fortgesetzt. Grundsätzlich galt der Massenstreik als ein Mittel zur Verteidigung des allgemeinen und gleichen Reichstagswahlrecht und damit als Teil der parlamentarischen und gesetzlichen Taktik der Sozialdemokratie. Insbesondere Karl Kautsky hatte diesbezüglich die organisatorischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung eines Massenstreiks erneut bekräftigt und damit das Problem »von der Ebene aktueller politischer Taktik weg auf die zukünftige Entwicklung«⁹⁸ verschoben.

Einen zweiten Anlass für die Fortsetzung und Intensivierung der Massenstreikdiskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie bildete die internationale Entwicklung. In Belgien und Österreich hatten die Arbeiterbewegungen den politischen Massen- bzw. Generalstreik jeweils für die Demokratisierung des Wahlrechts mit unterschiedlichem Erfolg angewendet. Dementsprechend wurde das Thema auf dem im August 1904 in Amsterdam tagenden Kongress der II. Internationale erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Die hier beschlossene Resolution bestätigte die Zurückweisung des anarchistischen Generalstreiks, erkannte den politischen Massenstreik jedoch als ein äußerstes Mittel zur Abwehr reaktionärer Anschläge und zur Durchsetzung gesellschaftlicher Forderungen der Arbeiterbewegung an.⁹⁹

Die Erwartung, diese Resolution werde dazu beitragen »die blinde Voreingenommenheit auch der deutschen Generalstreikgegner zu beseitigen«,¹⁰⁰ erfüllte sich jedoch nicht. Bereits auf dem Amsterdamer Kongress hatte der Vertreter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Robert Schmidt unter dem großen Beifall der deutschen Kongressdelegierten geäußert, dass »der Kampf des Proletariats um die politische und wirtschaftliche Macht [...] nicht durch den Generalstreik, sondern durch die unausgesetzte Arbeit auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens entschieden«¹⁰¹ werde.

Dementsprechend erklärte der im Mai 1905 in Köln tagende Gewerkschaftskongress den Generalstreik, »wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird [...] für undiskutabel«. Er warnte die Arbeiterschaft, »sich

zusammen. 1910 schrieb er sein bekanntestes Werk »Das Finanzkapital«. Während der Weimarer Republik war er zweimal Reichsfinanzminister. 1933 musste er vor den Nazis fliehen. Nach der Besetzung Frankreich durch die faschistische Wehrmacht wurde er 1941 von den französischen Behörden an die Nazis abgeliefert und von ihnen ermordet. Kurzbiographie in: Krause: USPD. S. 556.

⁹⁸ Groh: Emanzipation und Integration. S. 366.

⁹⁹ Internationaler Sozialisten-Kongress zu Amsterdam. 14. bis 20. August 1904. Berlin 1904. S. 24.

¹⁰⁰ Umrath, Eugen: Zur Generalstreikdebatte. in: *Die Neue Zeit*. Nr. 27. (23. Jg. 2. Band. 1904/05) S. 17 (S. 13–20).

¹⁰¹ Internationaler Sozialisten-Kongress zu Amsterdam. S. 28.

durch die Aufnahme und Verbreitung solche Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen.«¹⁰²

Mit diesem Beschluss wollte die Gewerkschaftsführung der Entscheidung der sozialdemokratischen Partei vorgreifen. Nach mehreren zuvor erfolglosen Vorstößen hatten die Delegierten des Bremer Parteitages 1904 in Reaktion auf den Amsterdamer Beschluss entschieden, das Thema auf dem bevorstehenden Jenaer Parteitag zu diskutieren. Die Gewerkschaftsführung erreichte mit ihrem faktischen Diskussionsverbot jedoch nicht zuletzt vor dem Hintergrund der seit Beginn des Jahres 1905 eingetretenen Ereignisse genau das Gegenteil.

Im Januar 1905 war in Russland die Revolution ausgebrochen, die unmittelbar durch den »Petersburger Blutsonntag« ausgelöst wurde. Am 22. Januar 1905 hatten 150 000 Arbeiterinnen und Arbeiter friedlich vor dem Sitz des Zaren – dem Winterpalast – demonstriert, um ihren politischen und wirtschaftlichen Forderungen Ausdruck zu geben. Hierauf reagierte das Militär mit massiver Waffengewalt, die mindestens 130 Menschen das Leben kostete, etwa 1 000 Personen wurden verletzt. Die Ursachen der daraufhin losbrechenden Revolution lagen jedoch tiefer. Das Zarenreich war von einer politischen und gesellschaftlichen Rückständigkeit gekennzeichnet, die in seiner zutiefst autokratischen Regierungsweise und vor allem dem großen sozialen Elend breiter Bevölkerungskreise zum Ausdruck kam. Diese Situation hatte sich infolge des Russisch-Japanischen Krieges, der 1904 ausgebrochen war, und der sich abzeichnenden Niederlage des Zarenreiches weiter verschärft. Deshalb entluden sich nach dem »Petersburger Blutsonntag« die aufgeladenen politischen und sozialen Spannungen in Russland in einer Revolution.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Deutschland bekundete in den folgenden Wochen und Monaten des Jahres 1905 nicht nur ihre Sympathie mit den russischen Revolutionären, sie übte auch eine große praktische Solidarität in Form von Geldsammlungen und logistischer Unterstützung. Nicht zuletzt infolge dessen radikalisierte sich die Stimmung in Teilen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Basis, die den gegen die Massenstreikdiskussion gerichteten Kölner Beschluss zunehmend kritisierte und selbst auf Aktionen drängte.¹⁰³

¹⁰² Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV. März 1898–Juli 1914. Berlin 1975. S.146/147.

¹⁰³ Groh: Emanzipation und Integration. S.386.

Bereits wenige Tage vor Ausbruch der Russischen Revolution waren im Ruhrgebiet die Bergarbeiter gegen den Willen sowohl der christlichen als auch freien Gewerkschaftsführungen spontan und massenhaft in den Ausstand getreten. Während die Parteilinken Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Karl Liebknecht beide Ereignisse in einem unmittelbaren revolutionären Zusammenhang sahen, interpretierten die Gewerkschaftsführer allein die Tatsache, dass die preußische Regierung den Forderungen der Bergarbeiter teilweise entgegenkam und in einer Berggesetzesnovelle in den Landtag einbrachte, auf ihre Weise. Die Regierungen und die Behörden seien durchaus bereit, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft ernst zu nehmen, »wenn sich die Streiks strikt auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkten«. ¹⁰⁴

In der vor diesem Hintergrund verstärkt einsetzenden Massenstreikdiskussion des Jahres 1905 ging es jedoch nicht mehr nur um seine Anwendbarkeit in Deutschland. Mit diesem Problem verbanden sich zugleich die Fragen des Verhältnisses von politischem und gewerkschaftlichen Kampf bzw. das von Partei und Gewerkschaft, der Einschätzung der Revolution in Russland als einem allein aus den spezifischen Verhältnissen des Zarenreiches resultierenden Ereignis oder Ergebnis der allgemeinen Entwicklung im Kapitalismus mit entsprechender Vorbildwirkung auch für Deutschland und Westeuropa und schließlich die Anwendbarkeit des politische Massenstreik als rein defensives Mittel zur Verteidigung demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte oder auch als eine offensive Form zur Eroberung weiterer politischer Rechte.

Während namhafte Revisionisten wie der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine die Gewerkschaftsführung in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Massenstreik unterstützten, ¹⁰⁵ setzte sich der Vordenker des Revisionismus Eduard Bernstein für ihn ein. Er hatte bereits 1904 gefordert, dieses Mittel zur Abwehr eines Angriffs auf das Reichstagswahlrecht anzuwenden. Unmittelbar nach dem Kölner Gewerkschaftskongress plädierte er in einem Vortrag im SPD-Verein Breslau für den Massenstreik zur Erringung des demokratischen Wahlrechts in Preußen, da »das Stück

¹⁰⁴ Ebenda, S. 377/378.

¹⁰⁵ »Der politische Massenstreik würde in Deutschland heutzutage unvermeidlich zu entscheidenden Straßenschlachten zwischen Volk und dem Heer führen. Dass in diesen das Volk unterliegen müsste, bestreitet wohl niemand. Deshalb verspricht ein solcher Streik der deutschen Sozialdemokratie nicht nur keinen Erfolg, sondern er würde ihr eine sichere Niederlage, die Vernichtung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und eine extrem reaktionäre Politik zur Folge haben, die vielleicht die ganze Zukunft des demokratischen Sozialismus in Deutschland gefährden könnte.« Heine, Wolfgang: Politischer Massenstreik im gegenwärtigen Deutschland? Sozialistische Monatshefte 1905. Heft 09, September 1095. S. 762 (S. 754–762).

Demokratie in der Reichsverfassung, das allgemeine Reichstagswahlrecht, nur noch ein prekäres Dasein führt.«¹⁰⁶ Wegen dieses Vortrags, der in der Breslauer *Volksmacht* abgedruckt wurde, war gegen dessen Redakteur Paul Löbe¹⁰⁷ und Eduard Bernstein ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen den Paragraphen 130 eingeleitet worden. Letztlich wurde jedoch nur Paul Löbe angeklagt. In dem gegen ihn geführten Prozess erreichte sein Verteidiger Karl Liebknecht einen Freispruch.¹⁰⁸ Dem von Bernstein in der Massenstreikdebatte vertretenen »Radikalen Revisionismus«¹⁰⁹ ging es um eine Verbesserung des Handlungsspielraums für eine wirksame reformistische Politik. Ausdrücklich warnte er davor, mit dem Massenstreik weitergehende gesellschaftspolitische Ziele verfolgen zu wollen.

Innerhalb des marxistischen Lagers begann sich, um Rosa Luxemburg die radikale Linke herauszubilden, die angesichts der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen in Deutschland nach einer revolutionären Strategie suchte, in der dem politischen Massenstreik eine maßgebende Bedeutung zukam. Demgegenüber nahm das um die Parteiführung gruppierte marxistische Zentrum zwar eine grundsätzlich positive Haltung zum Massenstreik ein, vertrat aber zugleich weiterhin die Auffassung, dass es zu seiner erfolgreichen Anwendung einer viel umfassenderen politischen und gewerkschaftlichen Organisation bedurfte.

Insofern verschwammen in der Massenstreikdebatte die sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie während des Revisionismus-Streits herausgebildeten Konfliktlinien zwischen Marxismus und Revisionismus, zwischen Marxist*innen und Revisionist*innen. Zugleich hatte sich ihr Meinungsspektrum weiter ausdifferenziert, so dass insbesondere die SPD-Parteiführung um August Bebel um die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung zu fürchten begann. Angesichts der zunehmenden Klassen Spannungen im Kaiserreich, die selbstverständlich auch Bebel registriert hatte, wie seine Rede auf dem Jenaer Parteitag 1905 nachdrücklich zeigte, galt es aus seiner Sicht gerade zu diesem Zeitpunkt, die Einheit der Arbeiterbewegung zu bewahren, denn nur mit ihr »glaubte er, die Belastungen

¹⁰⁶ Bernstein, Eduard: *Der politische Massenstreik und die politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland*. Vortrag gehalten im sozialdemokratischen Verein Breslau. Mit einem Anhang: Zwölf Leitsätze über den politischen Massenstreik. Breslau 1905. S. 39.

¹⁰⁷ Paul Löbe (1875–1967) war neben seiner Redakteurstätigkeit vor allem als Parlamentarier aktiv. Von 1925 bis 1932 war er Reichstagspräsident und 1949 erster Alterspräsident des Deutschen Bundestages. Lehnert, Detlef: Paul Löbe (1875–1967). Vom Redakteur zum Reichstagspräsidenten; in: Schöler, Scholle: *Sozialdemokratie 1916–1922*. S. 403–416.

¹⁰⁸ Bernstein: *Der politische Massenstreik*. S.1. »Neben Rosa Luxemburgs Rede über den Massenstreik auf dem Jenaer Parteitag war Bernsteins Rede [...] die einzige, derentwegen ein Gerichtsverfahren auf Grund des Paragraphen 130 Strafgesetzbuch – Aufreizung zu Gewalttätigkeiten – eingeleitet wurde.« Groh: *Emanzipation und Integration*. S.385/386.

¹⁰⁹ Ebenda, S.397.

künftiger außenpolitischer Krisen oder gar eines Krieges und die Verschärfungen der innenpolitischen Auseinandersetzungen durchstehen zu können«,¹¹⁰

Die von ihm dem Jenaer Parteitag 1905 vorgelegte Massenstreikresolution war deshalb in mehrfacher Hinsicht aus einer Defensivposition heraus formuliert. Sie beruhte zunächst auf der zutreffenden Einschätzung, dass sich die Sozialdemokratie politisch und gesellschaftlich trotz ihrer Wahlerfolge in einer Minderheitenposition befand.¹¹¹ Die Hauptaussage seiner Resolution bestand deshalb darin, dass die Arbeiterklasse vor allem im Falle eines Angriffes auf die bereits bestehenden politischen und gewerkschaftlichen Rechte und eventuell zur Eroberung neuer Rechte zum Mittel der »umfassendste[n] Anwendung der Massenarbeitseinstellung« greifen müsse.¹¹² Damit entsprach Bebel der Resolution des Amsterdamer Kongresses der II. Internationale 1904 zum Massenstreik. Zum zweiten stellte sein Plädoyer für eine Massenarbeitseinstellung auf den ersten Blick eine Zurückweisung des Beschlusses des Kölner Gewerkschaftskongresses dar und wurde, wie bereits kurz skizziert, so auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Tatsächlich hatte der Parteivorsitzende jedoch im Vorfeld des Jenaer Parteitages den Schulterschluss mit den Gewerkschaftsführern gesucht, weil er sich mit ihnen darin einig war, dass der politische Massenstreik aktuell nicht zur Disposition stand. Der Dissens zwischen ihnen bestand viel mehr darin, »ob seine Diskussion zum gegenwärtigen Zeitpunkt sinnvoll sei oder nicht«. ¹¹³ Intern wies er indes insbesondere Heine und seine Warnungen vor den möglichen staatlichen Repressalien im Falle eines Massenstreiks drastisch zurück.¹¹⁴

Indem Bebel mit seiner Resolution eine Massenarbeitseinstellung hauptsächlich zur Verteidigung und eventuell zur Eroberung bestimmter politischer und gewerkschaftlicher Rechte in Aussicht stellte, kam er jedoch zugleich der zunehmend radikaler werdenden Stimmung unter Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entgegen. Sie fand ihren Ausdruck auch darin, dass die Generalstreikagitation des ehemaligen Sozialdemokraten und frühen Anarchosyndikalisten Raphael Friedeberg¹¹⁵ zumindest

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ Protokoll 1905: S. 299.

¹¹² Dokumente und Materialien Bd. IV. S. 157.

¹¹³ Groh: Emanzipation und Integration. S. 399.

¹¹⁴ Dem Vorsitzenden der österreichischen Sozialdemokratie Friedrich Adler schrieb er am 16. September 1905 über Heine: »Mit solchen Hosenscheißern [...] kämen wir weit.« Zitiert nach: Hermann, Ursula: August Bebel. Eine Biographie. Berlin 1989. S. 629.

¹¹⁵ Raphael Friedeberg (1863–1940) war Arzt und von 1901 bis 1904 sozialdemokratischer Stadtverordneter in Berlin. Er war ein aktiver Befürworter des politischen Massenstreiks. Wegen seiner anarcho-syndikalistischen Bestrebungen wurde er 1907 aus der SPD ausgeschlossen.

unter der Berliner Arbeiterschaft zunehmend Anklang fand. Diese Stimmungslage resultierte nicht zuletzt auch aus der Kritik am Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses, wobei Friedebergs Forderung darauf hinauslief, anstelle des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes den Generalstreik als einziges Mittel zur Beseitigung des Kapitalismus einzusetzen.¹¹⁶

Deshalb verteidigte Bebel mit seiner Resolution die sozialdemokratische Strategie und Taktik der Vergangenheit. Er definierte im bisherigen marxistischen Verständnis als Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung eines Massenstreiks »die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation«.¹¹⁷

Obwohl Bebel in seinem Parteitagreferat die gewachsene Durchsetzungsmacht der Unternehmerverbände gegenüber den Gewerkschaften und die immer größere Bereitschaft der bürgerlichen Parteien, sich gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen, zutreffend beschrieb, favorisierte er die Möglichkeit einer weiteren friedlichen Entwicklung zur Durchsetzung der politischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung. Eine Voraussetzung hierfür sah er in deren wachsender organisatorischer und agitatorischer Stärke, auf deren Grundlage die deutsche Bourgeoisie und die Regierungen gezwungen werden könnten, sich letztlich der historisch notwendigen Entwicklung zum Sozialismus nicht entgegen zu stellen. Fest davon überzeugt, dass aufgrund der weiter zunehmenden Industrialisierung und dem damit verbundenen Wachstum der Arbeiterklasse als dem maßgebenden sozialen Träger der Gesellschaft die Voraussetzungen für den Sozialismus bereits im Kapitalismus entstünden, begründete Bebel erneut das Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie als einer revolutionären, die Revolution jedoch keineswegs machenden Partei. »Es ist bekanntlich ein Irrtum, wenn man sagt, die Sozialdemokratie arbeite auf Revolutionen hin. Das fällt uns gar nicht ein, was haben wir denn für ein Interesse daran, Katastrophen zu erzeugen, unter denen die Arbeiter in erster Linie schwer zu leiden haben. Sehen sie doch nach Russland, wo Katastrophen notwendig sind.«¹¹⁸ Es werde vom Agieren der Gegner der Sozialdemokratie abhängen, ob es auch in Deutschland zu einer Revolution komme. Eine dauerhafte

¹¹⁶ Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden. Bd. 2. Berlin 1987. S.1016.

¹¹⁷ Dokumente und Materialien Bd. IV. S.157.

¹¹⁸ Protokoll 1905: S.292.

Verweigerung oder gar weitere Einschränkung der demokratischer Rechte der arbeitenden Klassen müsse in die Katastrophe, d. h. in die Revolution führen.

Wenngleich August Bebel im weiteren Verlauf der Massenstreikdiskussion 1905/06 davon auszugehen begann, dass die sozialdemokratische Parteiführung im Fall eines spontan ausbrechenden politischen Massenstreiks an dessen Spitze treten müsste,¹¹⁹ lagen ihm weitergehende revolutionstheoretische Erwägungen durchaus fern. Er verstand den Massenstreik vorrangig als defensives Kampfmittel, weshalb seine Überlegungen auch keine Antwort auf die Frage enthielten, was die Sozialdemokratie im Fall einer revolutionären Situation aktiv unternehmen müsste, um die weitere gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das entsprach zunächst der Tatsache, dass 1905 aufgrund der Stärke und Stabilität des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates und seiner Machtgrundlagen eine mit Russland vergleichbare Situation nicht gegeben war. In der weiteren Konsequenz bedeutete dies jedoch, dass die organisierte deutsche Arbeiterbewegung zunehmend in einer Haltung zu verharren begann, die den nach ihrer Auffassung historisch gesetzmäßigen Zusammenbruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nur abzuwarten brauchte und ihre politische Praxis auf den Ausbau der eigenen Organisation und den Kampf um Wählerstimmen reduzierte. »Im autoritären Regime des Deutschen Kaiserreiches bedeutete dies aber nichts anderes als einen groß angelegten politischen Leerlauf, denn die entscheidenden Institutionen dieses Staates waren gegen demokratische Mehrheiten immunisiert.«¹²⁰

Vor diesem Hintergrund war es konsequent, dass August Bebel in seinem Schlusswort zur Massenstreikdebatte auf dem Jenaer Parteitag den Versuch Rosa Luxemburgs zurückwies, seine Resolution in einem revolutionären Sinn zu interpretieren. Tatsächlich hatte sie Bebels Beschlusssentwurf nur bedingt und aus taktischen Gründen unterstützt, wie sie Henriette Roland-Holst¹²¹, ebenfalls eine aktive Befürworterin des politischen Massenstreiks, nach dem Parteitag in einem Brief mitteilte.

»Ich bin ganz mit Dir einverstanden, dass die Bebel'sche Resolution die Frage vom Massenstreik sehr einseitig und flach auffasst. Als sie uns in Jena bekannt wurde, nahmen sich einige von uns vor, sie in der Diskussion nach der Richtung hin zu bekämpfen, um den Massenstreik nicht als

¹¹⁹ Groh: *Emanzipation und Integration*. S. 437.

¹²⁰ Hoffrogge: *Sozialismus und Arbeiterbewegung*. S. 160.

¹²¹ Henriette Roland-Holst geborene van der Schalk (1869–1952), holländische Sozialistin. Sie hatte auf dem Amsterdamer Kongress 1904 die beschlossene Resolution zum Massenstreik eingebracht. Von ihr stammte das vielbeachtete Buch »Generalstreik und Sozialdemokratie« aus dem Jahr 1905.

mechanisches Rezept für politische Defensive, sondern als elementare Revolutionsform zu vertreten. Allein schon die Rede Bebels hat der Sache eine andere Wendung gegeben, und noch mehr die Haltung der Opportunisten [Heine etc.]. Wie schon mehrmals, sahen wir »äußerste Linke« uns gezwungen, trotz wichtiger Differenzen mit Bebel nicht ihn, sondern zusammen mit ihm die Opportunisten zu bekämpfen. In Jena mitten in der Diskussion gegen die Bebel'sche Resolution direkt aufzutreten, wäre unseinerseits ein taktischer Fehler gewesen. Es galt vielmehr, solidarisch mit Bebel der Resolution durch die Diskussion eine revolutionäre Färbung zu geben, und dies ist sicherlich gelungen [...] Tatsächlich ist der Massenstreik in der Diskussion, und auch von Bebel, vielleicht ohne dass er's recht selbst wusste, als eine Form des revolutionären Massenkampfes behandelt worden, und das Gespenst der Revolution beherrschte deutlich die ganze Diskussion des Parteitages.«¹²²

Rosa Luxemburg selbst hatte in ihrer Jenaer Parteitagsrede unterstrichen, dass die revolutionären Ereignisse in Russland den Ausgangspunkt für die Massenstreikdiskussion in der deutschen Arbeiterbewegung bilden mussten. Sie sah in dieser Revolution bezüglich der Rolle der russischen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen sowie den von ihnen angewandten Mitteln eine »Übergangsform von den bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit zu den proletarischen Revolutionen der Zukunft«.¹²³ Hiervon ausgehend schrieb sie der Russischen Revolution nicht nur eine Vorbildfunktion für die deutsche und westeuropäische Arbeiterbewegung zu, sie bildete zugleich den Maßstab, von dem aus das Problem des politischen Massenstreiks neu durchdacht werden musste. Ihre diesbezüglichen Überlegungen legte sie mit ihrer Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft« vor, mit der sie zugleich ein Versprechen einlöste. Im Anschluss an ihren Vortrag zum Thema politischer Massenstreik in einer öffentlichen Parteiversammlung des sozialdemokratischen Verein Hamburg am 14. November 1905 hatte sie den Parteimitgliedern der Hansestadt zugesichert, ihre Gedanken schriftlich niederzulegen.¹²⁴

Fertiggestellt hat Rosa Luxemburg den Text jedoch erst im August 1906 im finnischen Kuokkala. Der Ort diente ihr als Zufluchtsstätte vor weiteren Verfolgungen durch die zaristische Polizei, nachdem sie nach ihrer Freilassung aus Warschau abgereist war und sich zunächst in Petersburg auf-

¹²² Zitiert in: Laschitzka: Im Lebensrausch. S. 226.

¹²³ Laschitzka; Radczun, Günter: Rosa Luxemburg. S. 147.

¹²⁴ Plener, Ulla: Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution 1905. Rede, nach einem Spitzelbericht; in: *Utopie kreativ*, Heft 171, Januar 2005. S. 56 (S. 55–66).

gehalten hatte. In Kuokkala weilte zu diesem Zeitpunkt auch Wladimir I. Lenin, mit dem sie intensiv über die Russische Revolution diskutierte. Zugleich wartete sie hier auf eine Nachricht aus Deutschland, ob sie ungehindert zurückkehren konnte. In Warschau hatte ihr ein russischer Beamter mitgeteilt, dass auf Grund der Ermittlungen der Weimarer Staatsanwaltschaft gegen sie ein Haftbefehl vorläge. Tatsächlich konnte sie ungehindert zurückkehren und am Mannheimer SPD-Parteitag teilnehmen.¹²⁵

Sowohl ihre Jenaer Parteitagsrede, als auch ihr Hamburger Vortrag – Rosa Luxemburg sprach im Herbst 1905 auf mehreren öffentlichen Versammlungen zum politischen Massenstreik¹²⁶ – enthielten bereits wichtige Aspekte ihrer theoretischen Neubestimmung des marxistischen Massenstreikverständnisses. Ihre Ausformulierung erfolgte jedoch erst im Ergebnis ihrer umfassenden Analyse der Russischen Revolution mit der Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaft«.

Bereits 1902 hatte Rosa Luxemburg vor dem Hintergrund des belgischen Generalstreiks das bis zu diesem Zeitpunkt geltende marxistische Massenstreikverständnis teilweise infrage gestellt. Den Anlass hierfür bildete ihre Kritik an der Führung der belgischen Sozialdemokratie. Ihr warf sie vor, ihre Zusammenarbeit mit der liberalen Partei habe dem Generalstreik der Arbeiter die Wirkung genommen und damit deren Niederlage verschuldet. Im Verlauf der hierdurch ausgelösten Kontroverse mit dem führenden Kopf der belgischen Sozialdemokratie Emil Vanderfelde setzte sich Rosa Luxemburg tiefgehend mit dem Thema Massenstreik auseinander. Dabei unterschied sie zunächst zwischen dem utopisch-anarchistischen Generalstreik, der ihrer Auffassung nach zurecht von der internationalen Sozialdemokratie seit Konstituierung der II. Internationale abgelehnt worden war, und dem »politischen Gelegenheitsmassenstreik«.¹²⁷ Ihn hatten die französischen und belgischen Arbeiter bereits mehrfach mit mehr oder weniger Erfolg angewendet. Das maßgebende Unterscheidungsmerkmal zwischen diesen beiden Formen des Generalstreiks bestand für sie 1902 darin, dass dem utopisch-anarchistischen Generalstreik »eine allgemeine abstrakte Theorie zugrunde« lag, während die politischen Streiks »in bestimmten Ländern oder nur in bestimmten Städten und Gegenden als das Produkt einer besonderen politischen Lage, als Mittel zur Erzielung eines politischen Effekts«¹²⁸ aufträten. Massenstreiks als Ausdruck und Resultat gesellschaftlicher Ent-

¹²⁵ Laschitza; Radczun, Günter: Rosa Luxemburg. S. 180/181.

¹²⁶ Laschitza: Im Lebensrausch. S. 226/227.

¹²⁷ Luxemburg, Rosa: Und zum dritten Male das belgische Experiment; in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Bd. 1. 1893–1905. Zweiter Halbband. S. 234 (S. 229–248).

¹²⁸ Ebenda, S. 236.

wicklungen zu verstehen, bildete fortan eine Konstante in ihrem Massenstreikverständnis. Mit ihm unterschied sie sich grundsätzlich sowohl von der anarchistischen als auch sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftlichen Argumentation.

In Reaktion auf das faktische Massenstreik-Diskussionsverbot des Kölner Gewerkschaftskongress schrieb sie Ende Mai 1905: »Der politische Massenstreik wird in einem gewissen Stadium des Klassenkampfes ebenso wenig verhindert, wie er durch das langweilige Hausieren mit dieser Idee in abstrakter Form herbeigeführt wird, wo die objektiven Bedingungen dafür fehlen. Der Massenstreik als politisches Kampfmittel ist eben ein geschichtliches Produkt des Klassenkampfes, das genauso wie die Revolution weder auf Kommando ›gemacht‹, noch auf Kommando ›abgelehnt‹ werden kann.«¹²⁹ Das einzige, was die Partei und die Gewerkschaften in diesem Prozess als eigenständigen Beitrag tun könnten, aber auch müssten, sei, »sich eben über die geschichtlichen, sozialen, politischen Bedingungen im voraus klarzuwerden suchen, die das Aufkommen solcher Formen des Klassenkampfes notwendig machen, um die Entwicklung bewusst mitzumachen und an ihrer Spitze in der als geschichtlich notwendig erkannten Richtung zu marschieren«.¹³⁰

Bereits 1902 hatte sie zwei weitere Aspekte ihrer 1906 vorgenommenen Revision der bisherigen marxistischen Massenstreikkritik zu entwickeln begonnen. Die Praxis der belgischen und französischen »politischen Gelegenheitsmassenstreiks« hätten auf der lokalen Ebene infrage gestellt, das zu ihrer erfolgreichen Durchführung erst eine umfassende Organisation der Arbeiterschaft erforderlich sei. Vielmehr würden sie zeigen, dass vor allem »eine populäre politische Losung (im Original ›Lösung‹ – м. н.) und materiell günstige Umstände«¹³¹ deren Voraussetzung bildeten. Der belgischen Arbeiterschaft sei es zudem mit ihrem Generalstreik 1902 gelungen, große Volksmassen im Wahlrechtskampf zu mobilisieren.

Dennoch sah Rosa Luxemburg 1902 die marxistische Kritik am anarchistischen Generalstreik nicht widerlegt, vielmehr wandte sie sich gegen die generelle Abwehrhaltung insbesondere der deutschen Gewerkschaftsführung gegenüber dem Massenstreik. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hatten aufgrund der Niederlage des belgischen Generalstreiks 1902 seine Anwendung für Deutschland ausgeschlossen, weil es

¹²⁹ Luxemburg, Rosa: Die Debatten in Köln; in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Bd.1. 1893–1905. Zweiter Halbband. Ebenda, S.581.

¹³⁰ Ebenda.

¹³¹ Ebenda, S.236.

»ein total verfehltes Unternehmen [sei], das den Herrschenden willkommenen Anlass gäbe, die Arbeiterorganisationen zu vernichten.«¹³²

Rosa Luxemburg hingegen interpretierte die belgischen Generalstreiks als ein Mittel im Wahlrechtskampf, das »weit entfernt [sei], die parlamentarische und sonstige Kleinarbeit ersetzen zu wollen«. Vielmehr »reihet sich der Generalstreik bloß den anderen Agitations- und Kampfmitteln als Glied in der Kette an, ja noch mehr, er stellt sich selbst direkt dem Parlamentarismus als ein Werkzeug in den Dienst. Bezeichnenderweise dienen alle bisherigen politischen Generalstreiks der Wahrung und Eroberung parlamentarischer Rechte.«¹³³

Vier Jahre später kam sie im Ergebnis ihrer Analyse der seit Mitte der 1890er-Jahre immer wieder ausbrechenden Massenstreiks in Russland zu einem neuen Schluss. Diese Massenstreiks stellten ihren Charakter nach in der Hauptsache ökonomische Kämpfe dar, sie waren jedoch vielfach durch politische Ereignisse ausgelöst worden. Auch in Russland habe die industrielle Entwicklung zum Großbetrieb und damit zu einer Konzentration großer proletarischer Massen geführt, deren soziale Lage als Folge der kapitalistischen Produktionsweise immer bedrängter und ihre politische Unterdrückung durch den zaristischen Absolutismus immer unerträglicher geworden sei. Hier war eine revolutionäre Situation entstanden, in der die Massenproteste und Massenstreiks in den unterschiedlichsten Formen stattgefunden hatten. Rosa Luxemburg konnte sich deshalb in ihrer Auffassung bestätigt sehen, dass wirkliche Massenstreiks aus der historischen Entwicklung resultierten. Die Massenaktionen in der Russischen Revolution waren demnach ein Ausdruck der geschichtlichen Situation, die mit Notwendigkeit eine Revolution hervorgerufen hatten. Deshalb hatten die Massenstreiks nicht zur Revolution geführt, »sondern die Revolution produziert den Massenstreik«.¹³⁴

Die Russische Revolution habe zum ersten Mal in der Geschichte der Klassenkämpfe die Idee des Massenstreiks grandios verwirklicht, dies aber nicht unter anarchistischer, sondern unter sozialdemokratischer Führung.¹³⁵ Als Folge der zunächst spontanen Massenaktionen hätten nachfolgend in Russland intensive gewerkschaftliche Kämpfe – verbunden mit einer entsprechenden Organisationstätigkeit – stattgefunden »die der sozialdemokratischen Agitation und Organisation ganz neue Aussichten«

¹³² *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*. Nr.17 (12.Jg.), 28.04.1902. S. 287.

¹³³ Luxemburg: Und zum dritten Male das belgische Experiment. S. 237.

¹³⁴ Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S. 130.

¹³⁵ Ebenda. S. 95/96.

eröffneten.¹³⁶ Damit sah Rosa Luxemburg eine neue Epoche in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eröffnet, die zugleich infolge der revolutionären Praxis der russischen Arbeiterklasse die bisherige marxistische Auffassung über den General- bzw. Massenstreik revidierte. Massenstreik müsse, so ihr Plädoyer, künftig als ein Sammelbegriff einer ganzen jahrelangen, vielleicht jahrzehntelangen Periode des Klassenkampfes und nicht länger als ein rein technisches Kampfmittel verstanden werden.¹³⁷

In diesem Verständnis gingen die Massenstreiks in der Russischen Revolution weit über das hinaus, was in der deutschen und westeuropäischen Arbeiterbewegung unter dem Begriff Generalstreik bisher verstanden und über ihn diskutiert wurde. »Der Massenstreik, wie er meistens in der gegenwärtigen Diskussion in Deutschland vorschwebt, ist eine sehr klar und einfach gedachte, scharf umrissene Einzelperscheinung. Es wird ausschließlich vom politischen Massenstreik gesprochen. Es wird dabei an einen einmaligen grandiosen Ausstand des Industrieproletariats gedacht, der aus einem politischen Anlass von höchster Tragweite unternommen, und zwar auf Grund einer rechtzeitigen gegenseitigen Verständigung der Partei- und der gewerkschaftlichen Instanzen unternommen, dann im Geiste der Disziplin in größter Ordnung durchgeführt und in noch schönster Ordnung auf rechtzeitig gegebene Losung der leitenden Instanzen abgebrochen wird, wobei die Regelung der Unterstützungen, der Kosten, der Opfer, mit einem Wort, die ganze materielle Bilanz des Massenstreiks, im voraus genau bestimmt wird. Wenn wir nun dieses theoretische Schema mit dem wirklichen Massenstreik vergleichen, wie er in Russland seit fünf Jahren auftritt, so müssen wir sagen, dass der Vorstellung, die in der deutschen Diskussion im Mittelpunkt steht, fast kein einziger von den vielen Massenstreiks entspricht, die stattgefunden haben, und dass andererseits die Massenstreiks in Russland eine solche Mannigfaltigkeit der verschiedensten Spielarten aufweisen, dass es ganz unmöglich ist, von ›dem‹ Massenstreik, von einem abstrakten, schematischen Massenstreik zu sprechen.«¹³⁸ Insofern war der Massenstreik ein vorrangig politisches und kein zuerst organisatorisches Problem, dass an die Arbeiterbewegung nicht nur völlig neue Anforderungen stellte, sondern ihr bisheriges und künftiges Selbstverständnis zutiefst berührte.

Dass im Jahr 1905 das Interesse und Bedürfnis nach einer Diskussion über den Massenstreik schlagartig zugenommen hatte, wertete Rosa

¹³⁶ Ebenda. S. 105.

¹³⁷ Ebenda. S. 98.

¹³⁸ Ebenda. S. 102/103.

Luxemburg als ein sicheres Anzeichen für die sich zuspitzenden Klassen-gegensätze und verschärfenden Klassenkonflikte auch im Deutschen Kaiserreich. »Der Massenstreik ist jetzt zum Mittelpunkt des lebhaften Interesses der deutschen und der internationalen Arbeiterschaft geworden, weil er eine neue Kampfform und als solche das sichere Symptom eines tiefgehenden inneren Umschwunges in den Klassenverhältnissen und den Bedingungen des Klassenkampfes bedeutet.«¹³⁹

Vor diesem Hintergrund interpretierte sie die Massenstreikresolution des Jenaer Parteitages als Ausdruck der revolutionären Entwicklungs- und Anpassungsfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit der Anerkennung des Massenstreiks den aus der Russischen Revolution resultierenden neuen Anforderungen gewachsen gezeigt habe.¹⁴⁰ Diese, mit dem heutigen Wissen als Fehleinschätzung zu konstatierende Sicht teilte Rosa Luxemburg nicht nur mit den marxistisch orientierten Kräften innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Unter dem Eindruck der weiteren Intensivierung der revolutionären Kämpfe in Russland im Herbst/Winter 1905 und dem beginnenden Wahlrechtskampf in Sachsen nahm die Radikalisierung in Teilen der deutschen Arbeiterbewegung stark zu. Sowohl die Anhänger als auch die Gegner der deutschen Sozialdemokratie interpretierten die Jenaer Resolution deshalb als Anzeichen dafür, dass ein politischer Massenstreik unmittelbar bevorstehen würde.¹⁴¹ Deshalb konnte Rosa Luxemburg die Jenaer Massenstreikresolution als einen Erfolg für die revolutionären Kräfte werten, obwohl diese inhaltlich eher den Forderungen des radikalen Revisionismus Eduard Bernsteins entsprach.¹⁴²

Tatsächlich gingen August Bebel und die sozialdemokratische Parteiführung zu keinem Zeitpunkt im Winter 1905/06 aufgrund der Stabilität des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates davon aus, dass ein politischer Massenstreik Erfolg haben könnte, und lehnten entsprechende Forderungen aus der Partei als »undurchführbar«¹⁴³ ab. Zudem unternahm die Parteileitung alles, um die radikale Stimmung unter der Arbeiterschaft zu dämpfen und nicht in weitere Aktionen umzusetzen. Gleichzeitig suchte sie nach einer Verständigung mit der Gewerkschaftsführung,¹⁴⁴ die der Jenaer Resolution weiterhin kritisch gegenüberstand.

¹³⁹ Ebenda. S. 101.

¹⁴⁰ Ebenda. S. 102.

¹⁴¹ Groh: Emanzipation und Integration. S. 405.

¹⁴² Ebenda. S. 401/402.

¹⁴³ Stern: Archivalische Forschungen. S. 148.

¹⁴⁴ Groh: Emanzipation und Integration. S. 436–439.

Das Ergebnis der zunächst vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen Verständigung wurde auf dem Mannheimer Parteitag 1906 besiegelt. Die Gewerkschaftsführung gab formal ihre grundsätzliche Ablehnung des Massenstreiks auf, demgegenüber musste sich die sozialdemokratische Parteiführung im Gegenzug verpflichten, sich vor Ausrufung eines Massenstreiks mit der Generalkommission der Gewerkschaften diesbezüglich zu verständigen. Diese Verpflichtung sollte für alle die Interessen beider Organisationen gleichermaßen berührenden Fragen gelten. »Die Gewerkschaften hatten damit den Anspruch der Partei auf die politische Führung innerhalb der sozialistischen Bewegung abgeschüttelt. Sie taten dies jedoch nicht wie die französischen Syndikalisten, indem sie die Einheit von wirtschaftlichem und politischem Kampf forderten. Stattdessen wehrten sie sich vehement gegen den Einsatz ihrer Organisation in Kämpfen außerhalb der ökonomischen Sphäre von Lohnstreiks und Sozialreformen. Die Trennung von Ökonomie und Politik war damit endgültig zementiert und blockierte die Suche nach einer strategischen Verbindung von marxistischer Theorie und politischer Kampfpraxis.«¹⁴⁵

Demgegenüber sah Rosa Luxemburg in der Ankündigung, »dass bei der gegenwärtigen Lage in Deutschland ein Attentat der herrschenden Reaktion auf das Reichstagswahlrecht höchstwahrscheinlich das Einleitungsmoment und das Signal zu jener Periode stürmischer politischer Kämpfe abgeben dürfte, in denen der Massenstreik als Kampfmittel in Deutschland wohl zuerst in Anwendung kommen wird«,¹⁴⁶ einerseits den tatsächlichen revolutionären Kern der Jenaer Resolution. Es sei ganz selbstverständlich, dass sich die Sozialdemokratie im Fall eines Angriffs auf das Reichstagswahlrecht wehren würde. Ob dies jedoch andererseits in Form eines Massenstreiks erfolgen werde, könne jedoch niemand mit Sicherheit voraussagen. »Den Anlass und den Moment vorauszubestimmen, an dem die Massenstreiks in Deutschland ausbrechen sollen, liegt außerhalb der Macht der Sozialdemokratie, weil es außerhalb ihrer Macht liegt, geschichtliche Situationen durch Parteitagsbeschlüsse herbeizuführen.«¹⁴⁷ Deshalb warnte Rosa Luxemburg zugleich vor der Illusion einiger Befürworter des Massenstreiks, mit einer umfassenden Massenstreikagitation eine revolutionäre Situation erzeugen zu können. »Solange die Sozialdemokratie es nicht in ihrer Hand hat, nach eigenem Ermessen Revolutionen zu inszenieren und abzusagen, genügt auch nicht die größte Begeisterung und Ungeduld der

¹⁴⁵ Hoffrogge: *Sozialismus und Arbeiterbewegung*, S. 157/158.

¹⁴⁶ Luxemburg: *Massenstreik, Partei und Gewerkschaft*, S. 101/102.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 151.

sozialdemokratischen Truppen dazu, eine wirkliche Periode der Massenstreiks als eine lebendige, mächtige Volksbewegung ins Leben zu rufen.«¹⁴⁸ Zwar sei es möglich, mit Entschlossenheit und Disziplin kurzzeitige Demonstrationstreiks zu organisieren und durchzuführen, die sich in einer entsprechenden revolutionären Situation zu tatsächlichen Massenkämpfen ausweiten könnten. Insofern sprach sich Rosa Luxemburg nicht gegen organisierte General- bzw. Massenstreiks aus. Wogegen sie sich wandte war der Umstand, dass sich die Debatten in der deutschen Arbeiterbewegung auf die organisatorischen und technischen Fragen eines Generalstreiks reduzierten.

Was die Sozialdemokratie stattdessen tun könne und müsse war, »die politischen Richtlinien dieser Kämpfe, wenn sie einmal eintreten, klarlegen und in einer entschlossenen, konsequenten Taktik formulieren. Man hält nicht die geschichtlichen Ereignisse im Zaum, indem man ihnen Vorschriften macht, sondern indem man sich im voraus ihre wahrscheinlichen, berechenbaren Konsequenzen zum Bewusstsein bringt und die eigene Handlungsweise danach einrichtet.«¹⁴⁹

Hier war unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Russischen Revolution eine Position formuliert, die das Selbstverständnis der deutschen organisierten Arbeiterbewegung zutiefst berührte. Nicht die Partei bestimmte nach Auffassung Rosa Luxemburgs in der Periode der revolutionären Massenstreiks über die Aktionen der Massen, sondern umgekehrt, die unter ganz konkreten historischen Bedingungen handelnden oder auch nicht handelnden Volksmassen diktierten der Sozialdemokratie die Bedingungen ihres Agierens.¹⁵⁰

Unabhängig davon, ob im sozialdemokratischen Verständnis auf die Reform oder im kommunistischen auf die Revolution gesetzt wurde, beide Richtungen waren zutiefst davon überzeugt, dass sie zunächst das richtige Bewusstsein in die Massen der Arbeiter hineinbringen müssten, bevor diese zum Handeln kämen. »Die Arbeiter waren vor allem Mittel zum Zweck

¹⁴⁸ Ebenda. S. 131.

¹⁴⁹ Ebenda. S. 151.

¹⁵⁰ »Käme es auf die zündende ›Propaganda‹ der Revolutionsromantiker oder auf vertrauliche oder öffentliche Beschlüsse der Parteileitungen an, dann hätten wir bis jetzt in Russland keinen einzigen ernststen Massenstreik. In keinem Lande dachte man – wie ich bereits im März 1905 in der *Sächsischen Arbeiter Zeitung* hervorgehoben habe – so wenig daran, den Massenstreik zu ›propagieren‹ oder selbst zu ›diskutieren‹, wie in Russland. Und die vereinzelten Beispiele von Beschlüssen und Abmachungen des russischen Parteivorstandes, die wirklich den Massenstreik aus freien Stücken proklamieren sollten, wie z. B. der letzte Versuch im August dieses Jahres nach der Dumaauflösung, sind fast gänzlich gescheitert. Wenn uns also die russische Revolution etwas lehrt, so ist es vor allem, dass der Massenstreik nicht künstlich ›gemacht‹, nicht ins Blaue hinein ›beschlossen‹, nicht ›propagiert‹ wird, sondern dass er eine historische Erscheinung ist, die sich in gewissem Moment aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt.« Ebenda. S. 99/100.

ihrer eigenen Befreiung unter Führung der reformorientierten oder eben revolutionären Partei.«¹⁵¹

Demgegenüber setzte Rosa Luxemburg die Massen und die politischen wie gewerkschaftlichen Organisationen samt deren Führungen in ein anderes Verhältnis. »Ist auch die Sozialdemokratie als organisierter Kern der Arbeiterklasse die führende Vordertruppe des gesamten arbeitenden Volkes und fließt auch die politische Klarheit, die Kraft, die Einheit der Arbeiterbewegung gerade aus dieser Organisation«, so könnten dennoch Massenstreiks und die politischen Massenkämpfe unmöglich von den Organisiererten allein getragen und auf eine regelrechte Leitung aus einer Parteizentrale berechnet werden. »In diesem Falle kommt es aber wieder – ganz wie in Russland – nicht sowohl auf ›Disziplin‹, ›Schulung‹ und auf möglichst sorgfältige Vorausbestimmung der Unterstützungs- und der Kostenfrage an, als vielmehr auf eine wirklich revolutionäre, entschlossene Klassenaktion, die imstande wäre, die breitesten Kreise der nichtorganisierten, aber ihrer Stimmung und ihrer Lage nach revolutionären Proletariermassen zu gewinnen und mitzureißen.«¹⁵²

Damit bestimmte Rosa Luxemburg die Rolle der Partei im revolutionären Prozess im völligen Unterschied zu der sich immer stärker ausprägenden Abwartehaltung der sozialdemokratischen Parteiführung um August Bebel und dem Avantgardeverständnis Lenins. Revolutionäres Agieren sei nur unter ganz spezifischen historischen Voraussetzungen möglich, andererseits »fallen auch während der Revolution die Massenstreiks nicht ganz vom Himmel. Sie müssen so oder anders von den Arbeitern gemacht werden. Der Entschluss und Beschluss der Arbeiterschaft spielt auch dabei eine Rolle, und zwar kommt die Initiative sowie die weitere Leitung natürlich dem organisierten und aufgeklärtesten sozialdemokratischen Kern des Proletariats zu.«¹⁵³

Schon 1902 hatte sie in der Auseinandersetzung um die Niederlage des belgischen Generalstreiks die Sozialdemokratie davor gewarnt, sich nicht ausschließlich auf eine rein parlamentarische Strategie festzulegen. »Wollte sich die Sozialdemokratie proletarischen Revolutionen widersetzen, falls diese eine geschichtliche Notwendigkeit sind, so wäre das einzige Ergebnis dies, dass die Sozialdemokratie sich aus einer Führerin in eine Nachläuferin oder in ein ohnmächtiges Hindernis des Klassenkampfes verwandeln

¹⁵¹ Brie, Michael; Candeias, Mario: Revolutionäre Realpolitik; in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und Linke Praxis. Heft 3/2018. S.112.

¹⁵² Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S.143/144.

¹⁵³ Ebenda. S.131.

würde, der sich freilich wohl oder übel ohne sie und gegen sie im gegebenen Augenblick durchsetzen müsste.«¹⁵⁴

Vielmehr müsse die Sozialdemokratie der Massenbewegung politisch vorausseilen, »das ist die wichtigste Aufgabe der ›Leitung‹ in der Periode der Massenstreiks. [...] Eine konsequente, entschlossene, vorwärtsstrebende Taktik der Sozialdemokratie ruft in der Masse das Gefühl der Sicherheit, des Selbstvertrauens und der Kampflust hervor; eine schwankende, schwächliche, auf der Unterschätzung des Proletariats basierte Taktik wirkt auf die Masse lähmend und verwirrend. Im ersteren Falle brechen Massenstreiks ›von selbst‹ und immer ›rechtzeitig‹ aus, im zweiten bleiben mitunter direkte Aufforderungen der Leitung zum Massenstreik erfolglos«. Deshalb warnte sie die sozialdemokratische Parteiführung auch davor, sich von vorherein auf den rein defensiven Parlamentarismus festlegen. Die Taktik der Sozialdemokratie dürfe »nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses« stehen, sondern müsse ihr stets vorangehen.¹⁵⁵

Die schwierige Aufgabe der Partei ergebe sich dabei aus der Tatsache, dass gerade in revolutionären Zeiten nur schwer vorausszusehen ist oder vorausberechnet werden könne, welche Anlässe und Situationen die revolutionäre Entwicklung weiter vorantreiben oder auch zurückwerfen können. Deshalb bestanden nach ihrer Auffassung die Initiative und Leitung durch die Partei »nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Masse. Das Element des Spontanen spielt, wie wir gesehen, in allen russischen Massenstreiks ohne Ausnahme eine große Rolle, sei es als treibendes oder als hemmendes Element. [...] Kurz, in den Massenstreiks in Russland spielt das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle, nicht weil das russische Proletariat ›ungeschult‹ ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen«.¹⁵⁶

Was »später vereinfachend oder auch denunziatorisch«¹⁵⁷ als Spontanitätstheorie bezeichnet wurde, bildet den Schlüssel des revolutionären Massenstreikverständnisses Rosa Luxemburgs, das in einem engen Zusammenhang mit ihren Organisationsvorstellungen steht, die sie 1904 in kritischer Auseinandersetzung mit dem zentralistischen Parteikonzept Lenins formuliert hatte.¹⁵⁸ Ihr ging es dabei nicht um den Verzicht auf Organisation

¹⁵⁴ Luxemburg: Und zum dritten Male das belgische Experiment. S. 241.

¹⁵⁵ Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S. 133/134.

¹⁵⁶ Ebenda. S. 132.

¹⁵⁷ Brie, Michael: Rosa Luxemburg neu entdecken. Hamburg 2019. S. 90.

¹⁵⁸ Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der bolschewistischen Revolutionspolitik in Russland; in: Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Leipzig 2008. S. 26–43.

und Führung, vielmehr wandte sie sich gegen die Unterordnung der sozialen Emanzipationsbewegung unter die Interessen der von ihnen selbst geschaffenen Organisationen und ihrer Führungen. »Sie wandte sich dagegen, das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in ein oligarchisches Verhältnis demokratischer oder diktatorischer Repräsentation zu verwandeln, bei dem am Ende die Repräsentanten die entscheidenden oder sogar alleinigen Akteure sind.«¹⁵⁹

Zugleich hob sie hervor, dass Organisationen nie Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sind. Deshalb erinnerte sie die Gewerkschaftsführer, die ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Massenstreik mit dem immer noch geringen Organisationsgrad der Arbeiterschaft begründeten, dass die deutschen Gewerkschaften selbst das Resultat eines geschichtlichen Kampfes waren. Mit weitaus weniger Mitgliedern hätten sie ab 1878 den Kampf gegen das Sozialistengesetz aufgenommen und es schließlich zu Fall gebracht. Dabei wären sie indes »nicht dem Ideal eines friedlichen, bienenartigen ununterbrochenen Ausbaus« gefolgt, sondern die bestehenden Organisationen seien zunächst zerschlagen worden, um dann im Kampf gegen die Unterdrückung von den Arbeitern selbst »neu geboren zu werden. Dies ist aber eben die den proletarischen Klassenorganisationen entsprechende spezifische Methode des Wachstums: im Kampfe sich zu erproben und aus dem Kampfe wieder reproduziert hervorzugehen«.¹⁶⁰

Massenstreiks und Massenaktionen konnten in ihrem Verständnis nur dann erfolgreich sein, wenn sie zu wirklichen Volksbewegungen werden. Dies war nur durch das Zusammenwirken von Spontaneität und Bewusstsein, von Organisierten und Unorganisierten möglich.¹⁶¹ Jeder wirklich große Klassenkampf müsse auf die Unterstützung und Mitwirkung der breitesten Massen basieren und eine Strategie, »die nicht mit dieser Mitwirkung rechnete, die bloß auf die hübsch ausgeführten Märsche des kasernierten kleinen Teils des Proletariats zugeschnitten wäre, ist im voraus zum kläglichen Fiasko verurteilt«.¹⁶²

Rosa Luxemburg sah in der Reduzierung der Massenstreikdebatte auf rein organisatorische Probleme eine Überschätzung der Rolle der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen durch die Partei- und Gewerkschaftsführungen in Deutschland, die sich mit einer »Geringschätzung der unorganisierten Proletariermasse und ihrer politischen Reife« verband.

¹⁵⁹ Brie: Rosa Luxemburg neu entdecken. S. 91.

¹⁶⁰ Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S. 142.

¹⁶¹ Laschitz: Im Lebensrausch. S. 254/255.

¹⁶² Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S. 143.

»In einer revolutionären Periode, im Sturme großer, aufrüttelnder Klassenkämpfe zeigt sich erst die ganze erzieherische Wirkung der raschen kapitalistischen Entwicklung und der sozialdemokratischen Einflüsse auf die breitesten Volksschichten, wovon in ruhigen Zeiten die Tabellen der Organisationen und selbst die Wahlstatistiken nur einen ganz schwachen Begriff geben.«¹⁶³ Sie unterstellte diesbezüglich ebenso wenig, dass das Proletariat aufgrund seiner Klassenlage alles Nötige von selbst erkennt. »Vielmehr wies sie der sozialdemokratischen Führung und den Gewerkschaftsleitungen die Aufgabe zu, auf diesen Instinkt sowie auf die konkrete Entwicklung der Ereignisse zu reagieren und dabei sowohl die Rolle des Lehrenden, als auch des Lernenden, des Führenden und des Geführten einzunehmen.«¹⁶⁴ Anstatt die Arbeiterschaft »mit abstrakter Hirngymnastik über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Massenstreiks« zu traktieren, müsse ihr »die Entwicklung der russischen Revolution, die internationale Bedeutung dieser Revolution, die Verschärfung der Klassengegensätze in Westeuropa, die weiteren politischen Perspektiven des Klassenkampfes in Deutschland, die Rolle und die Aufgaben der Masse in den kommenden Kämpfen«¹⁶⁵ klargemacht werden. Nur in dieser Form werde die Massenstreikdiskussion zur Erweiterung des eigenen geistigen Horizonts und damit Stärkung der Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung führen.

Rosa Luxemburg war durchaus bewusst, dass mit »der Psychologie eines Gewerkschaftlers, der sich auf keine Arbeitsruhe bei der Maifeier einlässt, bevor ihm eine genau bestimmte Unterstützung für den Fall seiner Maßregelung im voraus zugesichert wird«, weder eine Revolution noch ein Massenstreik gemacht werden könne. Dieser Umstand ließ sich ihrer Auffassung nach nicht durch die technische und organisatorische Vorbereitung auf einen Massenstreik auflösen. Aber so, wie sich die Verhältnisse ändern, so verändern sich selbstverständlich auch die in diese Verhältnisse gestellten und in ihnen agierenden Menschen. »[...] im Sturm der revolutionären Periode verwandelt sich eben der Proletarier aus einem Unterstützung heischenden vorsorglichen Familienvater in einen ›Revolutionsromantiker«, für den sogar das höchste Gut, nämlich das Leben, geschweige das materielle Wohlbefinden im Vergleich mit den Kampffidealen geringen Wert besitzt.«¹⁶⁶

Die weitere Entwicklung sollte indes zeigen, dass es sich auch für Rosa Luxemburg als äußerst schwierig erwies, die Stimmung und Entschlos-

¹⁶³ Ebenda. S.145.

¹⁶⁴ Pieschke, Miriam: Rudern gegen den Strom. Lehren und Lernen mit Rosa Luxemburg; in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und Linke Praxis*. Heft 3/2018. S.120.

¹⁶⁵ Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. S.101.

¹⁶⁶ Ebenda. S.133.

senheit der Massen zu jedem Zeitpunkt zutreffend zu ergründen.¹⁶⁷ Insbesondere während der Novemberrevolution 1918/19 verbauten ihr die jahrelange Isolation von den Massen infolge ihrer Haft, aber ebenso die eigene revolutionäre Ungeduld, den realistischen Blick auf die gegebene Situation. Sicher war sie eine der wenigen, die von Anfang an das falsche Spiel durchschaut hatte, dass die mehrheitssozialdemokratische Führung mit der Revolution trieb. Doch selbst sie, die in den revolutionären Massen den eigentlichen Akteur im Emanzipationskampf sah, dessen Fehler »geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller« seien, als »die Unfehlbarkeit des allerbesten ›Zentralkomitees‹«,¹⁶⁸ wie sie in ihrer Polemik gegen Lenin und dessen zentralistische Parteivorstellungen geschrieben hatte, selbst sie zeigte sich in den entscheidenden ersten beiden Wochen des Januar 1919 zu einer realen Einschätzung der Massenstimmung nicht in der Lage. Aber »höchstwahrscheinlich hätte sich Rosa Luxemburg während eines erneuten Gefängnisaufenthaltes, mit dem sie am 15. Januar 1919 bei ihrer Festnahme wohl rechnete, in einer Broschüre intensiver mit dem Verhalten der revolutionären Linken während des Januaraufstandes 1919 beschäftigt und vielleicht sogar die eigene Haltung und die ihrer Partei einer kritischen Analyse unterzogen. Doch die Mörder ließen ihr keine Zeit.«¹⁶⁹

¹⁶⁷ Laschitza: Im Lebensrausch. S. 255.

¹⁶⁸ Luxemburg, Rosa: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie; in: Luxemburg Gesammelte Werke Bd. 1. Zweiter Halbband. S. 444 (S. 422–444).

¹⁶⁹ Luban, Ottokar: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand. Legende und Wirklichkeit; in: Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. S. 117 (S. 66–117).

Auswahl der lieferbaren Publikationen

Mario Hesselbarth: »Gegen das Hissen der roten Flagge auf dem Rathaus erheben wir keinen Einspruch«. Novemberrevolution in Thüringen 1918«, Jena, 2018 (gegen Porto)

Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/
Manfred Weißbecker (Hg.): Gelebte Ideen.
Sozialisten in Thüringen. Biographische
Skizzen, Jena, 2006 (5,00 Euro + Porto)

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen (Hg.):
Der Nürnberger Prozess. Genutzte oder
vergessene Geschichtslektion? Jena, 2007
(5,00 Euro + Porto)

Paul Gruber: Die politische Linke in Katalonien und Irland. Wie passt der Nationalismus zu einem linken Selbstverständnis?
Erfurt, 2020 (erscheint online)

Ronny Noak: Die Heimvolkshochschule
Tinz. Ein Experimentierlabor sozialistischer
Bildung. Erfurt, 2020 (gegen Porto)

Julian P. J. Degen, Lena Saniye Güngör,
Helen Alexandra Kramer, Kevin
Reichenbach: Was ist mit dem Stoff
passiert? Über die Apoldaer Strick- und
Textilindustrie und ihren Wandel

Bestellung: Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen, Futterstraße 20, 99084 Erfurt,
E-Mail: thueringen@rosalux.org

Impressum

Mario Hesselbarth: »Geeignet, eine öffentliche Beunruhigung hervorzurufen«. Der Strafprozess gegen Rosa Luxemburg am 12. Dezember 1906 in Weimar und seine lokalen wie politischen Hintergründe

Erfurt, März 2021

Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e.V., Futterstraße 20, 99084 Erfurt,
Telefon: 0361 5504115, www.th.rosalux.de
V.i.S.d.P.: Volker Hinck, Futterstraße 20,
99084 Erfurt

Korrektur: Volker Hinck
Layout: Uwe Adler, Weimar
Foto: Alamy Bildagentur

Mario Hesselbarth

ist Historiker, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet ehrenamtlich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Er ist Autor der Publikationen »Gegen das Hissen der roten Flagge auf dem Rathaus erheben wir keinen Einspruch. Novemberrevolution 1918 in Thüringen« (2018) sowie »Zur Geschichte der USPD in Thüringen« (2017) und Mitherausgeber des Bandes »Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen – Biographische Skizzen« (2006).